

Günter Bischof – Richard Williamson

## **Berlin oder Abrüstung?**

### **Die Prioritätenliste des verpatzten Pariser Gipfels von 1960**

*„What we did here in Berlin, in Germany,  
and in the postwar period,  
was the best thing the United States ever has done.“<sup>1</sup>  
Colonel Alfred Baker*

Das Hauptziel des für den 16. Mai 1960 in Paris vorgesehenen Gipfeltreffens war die Erzielung eines Fortschritts in der umstrittenen Berlin- und Abrüstungsfrage. In der Literatur ist immer wieder zu lesen, das Abrüstungsthema sei das Hauptthema auf dem Pariser Gipfel gewesen, vor allem aus der Perspektive der Westmächte.<sup>2</sup> Dabei gab es unter den vier Staatsmännern, die sich in Paris trafen, keine Übereinstimmung darüber, wie man überhaupt zu Verhandlungserfolgen gelangen könnte, obwohl man sich in Arbeitsgruppen, Außenministertreffen und Staatsbesuchen auf höchster Ebene gründlich auf den Gipfel vorbereitet hatte, um mit einheitlichen Positionen in die Verhandlungen gehen zu können.<sup>3</sup> Aus der Perspektive Nikita S. Chruschtschows war die Berlinfrage

- 
- 1 Das Zitat von Colonel Alfred Baker ist zu finden in: Thomas Alan Schwartz, *The United States and Germany after 1945: Alliances, Transnational Relations, and the Legacy of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 19/4 (Fall 1995), S. 549–568, hier: S. 550. Diesem Aufsatz liegt das 2. Kapitel der Dissertation von Richard D. Williamson zugrunde, vgl. Richard D. Williamson, *Berlin & the Origins of Detente. Multilateral and Bilateral Negotiations in the Berlin Crisis, 1958–1963*. Diss. Louisiana State University 2010. Wir möchten uns vor allem bei den Archivaren der Dwight D. Eisenhower Library für die hervorragende Betreuung bedanken, allen voran David Haight. Für gute Ratschläge und Feedback bedanken wir uns auch bei David Culbert an der Louisiana State University in Baton Rouge und bei Barbara Stelzl-Marx in Graz. Gerhard Wettigs detaillierte Kommentare haben uns bei den letzten Korrekturen vor einigen Ungenauigkeiten bewahrt.
  - 2 Stephen E. Ambrose, *Eisenhower. The President*. New York 1984, S. 567–570; Rolf Steininger, *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963*. München 2001, S. 137–139.
  - 3 Die beste Darstellung zur Diplomatie um die Tagesordnung für Paris liefert Steininger, *Der Mauerbau*, S. 137–166; die beste Darstellung zur sowjetischen Perspektive liefert Gerhard Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. Quellen und Darstellungen zur*

zweifellos der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Gipfels.<sup>4</sup> Vor allem zwang die zweite Berlinkrise (1958–1963) – wie schon die erste große Kalte Kriegskrise um Berlin (1948/49) – die Westmächte dazu, in der Abwehr sowjetischer Begehrlichkeiten näher zusammenzurücken. Trotz großer Meinungsunterschiede gingen die Westmächte aus beiden Berlinkrisen mit gestärkter Solidarität hervor, was weder Josef Stalins noch Chruščevs Absicht gewesen war.

Berlin war auch der ausschlaggebende Grund, das Pariser Gipfeltreffen überhaupt zu veranstalten. Berlin war die geteilte deutsche Frontstadt und seit Chruščevs Ultimatum vom 27. November 1958 der Dauerbrenner auf der internationalen Agenda. Das freie Westberlin war den Sowjets schon lange ein Dorn im Auge. Westberlin spielte eine wichtige Rolle als westliches Spionagezentrum im Osten, war ein Schaufenster des Kapitalismus und des verschwenderischen Konsumverhaltens des Westens und zudem das Tor in den Westen. Dieses Tor musste irgendwie verriegelt werden.<sup>5</sup> Die Gipfelteilnehmer sahen vor dem Pariser Gipfel keinen unmittelbaren Handlungsbedarf in der komplexen Problematik der nuklearen Abrüstung. Chruščev heizte das internationale Klima mit seinen kontinuierlichen Drohungen und Ultimaten, entweder einen separaten Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen oder die explosive Berlinfrage mit der einseitigen Übertragung von Moskaus Rechten an die DDR-Regierung zu lösen, auf. Die Sowjets (unter Mithilfe von Walter Ulbrichts Regime) hätten dann vermutlich die Land- und Luftkorridore für die Westmächte gesperrt und sie aus Berlin „hinausgehungen“. Darauf hätte der Westen wahrscheinlich mit militärischen Mitteln reagiert, um die Korridore offen zu halten. Ein solches Szenario hätte leicht in einem Schlagabtausch mit Atomwaffen enden können.<sup>6</sup> Vielleicht gelang es aber auch, mit einem Interimsabkommen zur Berlinfrage den Status quo in der Stadt ein paar Jahre hinauszuzögern und damit die internationale Lage zu beruhigen. Die Ungewissheit über die Prioritäten auf der Tagesordnung der Gipfelgespräche und Chruščevs taktische Manöver ließen von vornherein eigentlich keine positiven Ergebnisse von der Pariser „Gipfelstürmerei“ erwarten. Auf jeden Fall kamen die langen Akkordierungsgespräche unter den Westmächten im Zuge der Vorbereitung der Tagesordnung für den Gipfel einer „Verhandlungsodyssee“ gleich. Noch vor dem sowjetischen Abschuss des amerikanischen U-2-Spionageflugzeuges am 1. Mai 1960 und dem unvorhergesehenen Überleben des Piloten Francis Gary Powers schien der Pariser Gipfel trotz der sorgfältigen Vorbereitung bereits für einen Flop prädestiniert zu sein.<sup>7</sup>

---

Zeitgeschichte. Bd. 67. München 2006; sehr gründlich auch William Taubman, *Khrushchev. The Man and His Era*. New York 2003, S. 442–468; zur sowjetischen militärstrategischen Perspektive siehe Matthias Uhl, *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962*. München 2008.

4 Taubman, *Khrushchev*, S. 448, 467.

5 Thomas J. McCormick, *America's Half-Century. United States Foreign Policy in the Cold War*. 2. Aufl. Baltimore 1995, S. 133f.

6 Zur sog. „zweiten Berlinkrise“ (1958–1962) siehe Marc Trachtenberg, *History and Strategy*. Princeton 1991, S. 169–234; Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise*; Steininger, *Der Mauerbau*. Siehe auch den Beitrag von Gerhard Wettig zur Berlinkrise in diesem Band.

7 Einen fundierten Überblick zur U-2-Affäre bietet Michael R. Beschloss, *Mayday: The U-2 Affair. The Untold Story of the Greatest US-USSR Spy Scandal*. New York 1986.

Die Berlinfrage wurde nicht nur ein Dauerbrenner zwischen den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich sowie mit der Bundesrepublik Deutschland als NATO-Verbündete. Die Westmächte verhandelten auch intensiv und zum Teil bilateral, also jeder für sich, mit der Sowjetunion. Dabei gab es wenige Chancen auf ein Moratorium in der Berlinfrage, geschweige denn auf das Endziel einer Wiedervereinigung Deutschlands. Der Gipfel in Paris fand überhaupt nur deshalb statt, weil die Genfer Außenministerkonferenz im Juli 1959 gescheitert war und Chruščev aus Prestige Gründen den Westen auf einen Gipfel drängte.<sup>8</sup> Die Amerikaner, Briten, Franzosen und Sowjets hatten sicherlich das gemeinsame Interesse, an einer Lösung der Berlinfrage zu arbeiten, mehr noch als einen Durchbruch in der Abrüstungsfrage zu erzielen. Auf jeden Fall arbeiteten die Westmächte hart daran, ihre Standpunkte vor dem Pariser Gipfel zu akkordieren. Chruščevs Herausforderungen in Berlin zwangen die Westmächte, näher aneinanderzurücken, und – das ist die Ironie der Geschichte – stärkten das NATO-Bündnis.

Die innere Kohäsion der NATO stand aber auch aufgrund des von Charles de Gaulle zunächst geheim gehaltenen Vorstoßes in Washington im September 1958 (also Wochen vor Chruščevs Berlin-Ultimatum), ein trilaterales „Direktorat“ Frankreichs zusammen mit den USA und Großbritannien einzurichten, unter enormem internen Druck. In de Gaulles Vorstellung sollten die Großen Drei die politische und militärische Zusammenarbeit in der NATO harmonisieren. Ein solches Direktorium hätte die konsultativen Mechanismen innerhalb der NATO gefährdet, waren es doch die regelmäßigen Beratungen der USA mit allen Verbündeten, die der Kohäsion des Nordatlantischen Bündnisses den Rückhalt gaben. Mit einer solchen Aufwertung Frankreichs wäre das Bündnis geschwächt und die amerikanische Hegemonie verwässert worden. De Gaulles Alleingänge zur Stärkung von Frankreichs Macht überschatteten den Zusammenhalt des Westens während der gesamten zweiten Berlinkrise und gaben dem Kreml Grund zur Hoffnung, einen Keil ins westliche Bündnis treiben zu können.<sup>9</sup>

Die Berlinfrage war schwierig und versprach wenig Erfolg, übte aber enormen Druck auf das Ost-West-Beziehungsgeflecht aus. Wir werden nie wissen, ob es nun die Berlin- oder die Abrüstungsfrage gewesen wäre, die die Pariser Gipfelagenda dominiert hätte, wenn der Gipfel wie geplant abgelaufen wäre. Vermutlich wäre Berlin der Hauptverhandlungspunkt gewesen, da der Kremlchef diese Frage forciert hätte, aber in der Abrüstungsfrage ließ sich eher ein Durchbruch in den Verhandlungen erwarten. Auf der von den Westmächten veröffentlichten Agenda für den Pariser Gipfel standen Abrüstungsfragen, Berlin und internationale Zusammenarbeit (in dieser Reihenfolge) ganz oben auf der Tagesordnung. Da sich die Franzosen und Westdeutschen gegen jegliche

8 Zur Genfer Außenministerkonferenz vgl. Steininger, *Der Mauerbau*, S. 109–136; Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise*, S. 55–70; Zu Chruščevs Gipfelambitionen vgl. David Reynolds, *Summits. Six Meetings that Shaped the Twentieth Century*. New York 2007, S. 171–173.

9 Diese Eigenwilligkeit von de Gaulles Außenpolitik wird in der jüngsten Forschung immer wieder betont, vgl. Anna Locher – Christian Nuenlist, *NATO Strategies toward de Gaulles France, 1958–1966: Learning to Cope*, in: Christian Nuenlist – Anna Locher – Garret Martin (Hg.), *Globalizing de Gaulle. International Perspectives on French Foreign Policies, 1958–1969*. Lanham 2010, S. 88–94. Der große amerikanische Erfolg in der Harmonisierung der schwierigen NATO-Allianzkooperation wird analysiert in: Schwartz, *The United States and Germany after 1945*, S. 549–568.

Zugeständnisse in der Berlinfrage stemmten, verschob sich die westliche Prioritätenliste in Richtung Abrüstung. Abrüstung war eines der wichtigsten Themen in der internationalen Politik, nicht zuletzt deshalb, weil in den späteren 1950er Jahren taktische Nuklearwaffen auf deutschem Territorium stationiert worden waren.<sup>10</sup> Diese Eskalation im nuklearen Wettrüsten auf dem europäischen Kontinent war zwar bedenklich, erzeugte aber nicht so unmittelbaren Handlungsbedarf wie die Kreml-Ultimeaten zur geteilten Stadt Berlin.

Im günstigsten Fall hätte eine Lösung der deutschen Fragen sicher viel dazu beigetragen, die tiefsitzenden Ängste vor einer Eskalation der Berlinkrise abzubauen. Vorgesehene westliche Szenarien, den Zugang zu den Westsektoren Berlins mit militärischem Einsatz offen zu halten, hätten schlussendlich zum Einsatz der gewaltigen Arsenale an konventionellen und Nuklearwaffen führen können. Diese Ängste standen auch im Hintergrund der neuerlichen Krise um die geteilte Stadt Berlin, die durch Chruščevs Ultimatum vom November 1958 ausgelöst worden war, das vom Westen verlangte, alle seit der Potsdamer Konferenz 1945 verbrieften Rechte, so Chruščev, an die DDR abzutreten und einen separaten Friedensvertrag zu unterzeichnen (in Wirklichkeit war der Berlin-Status natürlich nicht in Potsdam, sondern im September 1944 von der European Advisory Commission und in der Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945 definiert worden).<sup>11</sup> Die durch das Kreml-Ultimeatum ausgelöste Krise konnte zwar in der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 abgeschwächt werden, sie wurde aber damit nicht beendet. Die Westalliierten machten in Genf am 28. Juli 1959 ein letztes Angebot an die Sowjets – eine fünfjährige Interimslösung für Berlin –, um die Verhandlungen „aus der Sackgasse herauszuführen“.<sup>12</sup> Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko antwortete mit einem Gegenvorschlag: Er forderte eine eineinhalbjährige Interimslösung, zusammen mit westlichen Truppenreduzierungen in Westberlin, sowie einen gesamtdeutschen Ausschuss, der die Verhandlungen zu einem deutschen Friedensvertrag vortreiben sollte.<sup>13</sup> Mit dem Ende der Genfer Außenministertagung war ein toter Punkt erreicht worden.

### **Chruščevs USA-Besuch im September 1959**

Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen im Zuge des Genfer Gipfeltreffens vom Juli 1955 waren kurzlebig gewesen. US-Präsident Dwight D. Eisenhower hatte daraus seine Lehren gezogen und weigerte sich, danach ein Treffen auf der

---

10 Zur Entwicklung der nuklearen Strategien der beiden Blöcke vgl. Uhl, *Krieg um Berlin?*; Marc Trachtenberg, *A Constructed Peace. The Meaning of the European Settlement 1945–1963*. Princeton 1999; Trachtenberg, *History and Strategy*, S. 191–215; John Lewis Gaddis, *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. Oxford 1982, S. 127–197; Richard Rhodes, *Arsenals of Folly. The Making of the Nuclear Arms Race*. New York 2007, S. 69–101.

11 Zum Ultimatum vom 27. November 1958, das die zweite Berlinkrise auslöste, vgl. Steininger, *Der Mauerbau*, S. 21–66; Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise*, S. 31–54; siehe hierzu auch die Beiträge von Gerhard Wettig und Manfred Wilke zur Berlinkrise in diesem Band.

12 Steininger, *Der Mauerbau*, S. 127.

13 Ebd.

höchsten Ebene der Staatschefs zu verfolgen. Eisenhower wollte sich nicht sowjetischen Ultimaten und Einschüchterungsversuchen beugen; er vertraute dem diplomatischen Verhandlungsgeschick seines erfahrenen Außenministers John Foster Dulles. Doch Dulles erlag Ende Mai 1959, noch vor der Genfer Außenministertagung, einem schweren Krebsleiden und legte den künftigen Verlauf der Berlinkrise damit in die Hände seines Nachfolgers Christian Herter, einem weit weniger erfahrenen und geschätzten Diplomaten. Dulles hatte immer vor der Abhaltung von Gipfeltreffen gewarnt, wenn davor keine Fortschritte auf der Außenministerebene erzielt worden waren – eine „Gipfelstürmerei“ ohne echte Chancen auf diplomatische Erfolge sei ein schlechter Dienst an der Diplomatie.<sup>14</sup> Chruščev hingegen war ein enthusiastischer Vertreter von Gipfeltreffen, würden durch diese doch sein persönliches Prestige und die Stellung der Sowjetunion als starke Weltmacht noch weiter aufgewertet. Der Kremlchef hatte bereits am Genfer Gipfel teilgenommen und die Schweizer Konferenzstadt mit dem Eindruck verlassen: „Unsere Feinde fürchteten uns wahrscheinlich nicht minder, als wir sie fürchteten.“ Für Großmächte ging es bei Gipfeltreffen auch um ihren Status als Weltmächte.<sup>15</sup>

Die intensive Phase der Ost-West-Gipfeldiplomatie der Jahre 1959 bis 1961 auf höchsten Ebenen, die sich meist um die Berlinfrage drehte, nahm mit Chruščevs Besuch in den USA Mitte September 1959 ihren Ausgang. Der Kremlchef drängte schon längere Zeit aus Prestige Gründen auf eine Einladung Washingtons.<sup>16</sup> Eisenhower erhoffte sich von dem Besuch, noch gegen Ende seiner Präsidentschaft eine Verbesserung des internationalen Klimas zu erreichen. Ende August/Anfang September besuchte der US-Präsident seine wichtigsten Verbündeten – Konrad Adenauer, Harold Macmillan und Charles de Gaulle – in Bonn, London und Paris. Mit seinem persönlichen Besuch wollte Eisenhower seine westlichen Partner beruhigen und sie davon überzeugen, dass er nicht vorhatte, mit Chruščev während seines USA-Besuchs bilaterale Abkommen zu treffen.<sup>17</sup> Ende August 1959 trafen Eisenhower und sein neuer Außenminister Herter Bundeskanzler Adenauer und seinen Außenminister Heinrich von Brentano in Bonn. Sie diskutierten mögliche Interimsabkommen, um den sowjetischen Berlinforderungen entgegenzutreten und diese zu entkräften, konnten sich aber nicht auf mögliche Änderungen im Besatzungsstatut einigen.<sup>18</sup> Berlin stand an der Spitze ihrer Tagesordnung, Abrüstung wurde aber auch am Rande erwähnt, wobei der US-Präsident „gegenseitige

14 Ambrose, Eisenhower, S. 519–539 (zu Dulles' Warnung vor dem Gipfel vgl. S. 534).

15 Reynolds, Summits, S. 171.

16 Siehe hierzu auch den Beitrag von Irina Kazarina in diesem Band; Taubman, Khrushchev, S. 401–406, 439–441.

17 Ebd., S. 534–538.

18 Mit der Stationierung von taktischen Atomwaffen in beiden deutschen Staaten im Jahr 1959 wurde die deutsche Frage auch zu einer nuklearen Frage. Am 17. Juni 1960 etwa schickte die westdeutsche Regierung den Entwurf ihrer Antwort auf eine sehr barsche Note des Kremls, die Bonn davor warnte, amerikanische Polarisraketen zu stationieren. In seiner eigenen öffentlichen Antwort auf die Kreml-Protestnote entschuldigte sich Washington nicht für die Stationierung der Raketen und betonte, die Sowjetunion „drohe mit dem Einsatz von Raketen, um ihre Kubapolitik zu unterstützen“. Vgl. DDEL, AWF, PP, Mappe 3, Box 88, Lauris Norstad Files, Presseaussendung „Text of the Statement by Department of State Late July 20th RE Soviet Not Alleging United States Plans to Provide Germany with Polaris Missiles“, 27.7.1960.

und wirkungsvolle Inspektionen“ forderte.<sup>19</sup> Eisenhower fragte Adenauer, ob vor einem möglichen Gipfeltreffen noch mehr Fortschritte in der Akkordierung der Gipfelagenda erzielt werden müssten. Der deutsche Kanzler, der nicht viel von einem Gipfel hielt, auf den er nicht eingeladen werden würde, bestand darauf.<sup>20</sup>

Anschließend besuchten die Amerikaner den britischen Premier Harold Macmillan in London. Macmillan war ein westlicher Staatschef, der sich für Gipfeldiplomatie starkmachte (wie auch sein Vorgänger Winston Churchill, dessen Druck nach Stalins Tod schlussendlich zum Genfer Gipfel 1955 geführt hatte).<sup>21</sup> Macmillan war am ehesten bereit, den Sowjets Zugeständnisse in Bezug auf Berlin zu machen, weshalb er in Bonn als „unsicherer Kantonist“ suspekt war.<sup>22</sup> Macmillan setzte auf „intime diplomatische Gespräche zwischen Staatschefs auf höchster Ebene und hatte Chruščev im März 1959 in den kältesten Tagen der Berlinkrise in Moskau persönlich getroffen. Macmillan wollte wissen, ob Eisenhower nicht mit Chruščev bei seinem für den Herbst 1959 vorgesehenen Staatsbesuch in den USA die Idee eines Gipfeltreffens sondieren wolle.<sup>23</sup> De Gaulle misstraute dieser innigen bilateralen britisch-amerikanischen Diplomatie. Der eigensinnige französische Staatschef war ein schwieriger Zeitgenosse und stand der britisch-amerikanischen „special relationship“ immer voller Misstrauen gegenüber.<sup>24</sup> Macmillan kannte de Gaulle bereits seit dessen Funktion als britischer Chefdiplomat im Mittelmeerraum während des Zweiten Weltkrieges. Schon damals hatten sich die Angloamerikaner an der Sturheit de Gaulles immer wieder die Zähne ausgebissen. Nach einer Verhandlungsrunde kam Macmillan zum Schluss, dass man sich nach jedem Gespräch mit dem französischen General „frage, ob er ein Demagoge oder ein Wahnsinniger sei, gleichzeitig aber überzeugt davon sei, dass er viel mächtiger war als alle anderen Franzosen, mit denen man es je zu tun gehabt hatte“.<sup>25</sup> Ebenfalls seit dem Krieg schätzte Eisenhower den französischen General und Präsidenten persönlich, fand jedoch seine

- 
- 19 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis 1959–1960, Germany, Austria, S. 19–25, Gesprächsmemorandum zum Treffen Eisenhowers und Adenauers in Bonn, 27.8.1959, Dokument 8.
- 20 Zur Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen – ein Bündnis, das immer wieder von Neuem zu festigen war und das „Herzstück des Kalten Krieges in Europa“ repräsentierte – vgl. Steven J. Brady, *Eisenhower and Adenauer. Alliance Maintenance under Pressure, 1953–1960*. Lanham 2010, S. 2; vgl. auch Detlef Felken, *Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik, 1953–1959*. Bonn 1993; Thomas A. Schwartz, *Eisenhower and the Germans*, in: Günter Bischof – Stephen E. Ambrose (Hg.), *Eisenhower. A Centenary Assessment*. Baton Rouge 1955, S. 206–221.
- 21 Günter Bischof – Saki Dockrill (Hg.), *Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955*. Baton Rouge 2000.
- 22 Nach der Moskaureise war Macmillan beim wütenden Adenauer „völlig unten durch“, vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*. Stuttgart 1991, S. 488f., S. 496 („unsicherer Kantonist“).
- 23 Ambrose, *Eisenhower*, S. 538. Zu diesem Zeitpunkt teilte Eisenhower Macmillan mit, er und seine Hauptberater seien nicht davon überzeugt, dass ein Gipfeltreffen notwendig sei. Vgl. DDEL, AWF, PP, Douglas Dillon Group, Administrative Series, Mappe 3, Box 11, Brief Eisenhowers an Macmillan, 22.7.1959.
- 24 Frédéric Bozo, *Two Strategies for Europe. De Gaulle, the United States, and the Atlantic Alliance*. Übersetzt von Susan Emanuel. Lanham 2001; Garrett Martin, *Conclusion: A Gaullist Grand Strategy?*, in: Christian Nuenlist – Anna Locher – Garret Martin (Hg.), *Globalizing de Gaulle. International Perspectives on French Foreign Policies, 1958–1969*. Lanham 2010, S. 291–308.
- 25 Macmillans Zitat vom 1.6.1943 zit. nach: Max Hastings, *Winston’s War: Churchill 1940–1945*. New York 2010, S. 282.

übertriebene Vorstellung von der Rolle Frankreichs in der Welt inakzeptabel und meinte: „Der Präsident möchte Frankreich zur führenden Nation auf der Welt machen und sich zum führenden Staatsmann.“ De Gaulles Zweifel an der NATO und sein Wunsch nach einem trilateralen Direktorium zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich, das die Welt regieren sollte, waren Washington ein Dorn im Auge.<sup>26</sup>

Einige Wochen später kam Chruščev auf Staatsbesuch in die USA.<sup>27</sup> Er war der hohe Besucher aus der Sowjetunion, der das Thema eines Gipfeltreffens bei Gesprächen auf dem Wochenendsitz des US-Präsidenten in Camp David als Erster auf Tapet brachte; er war auch der erste sowjetische Staatschef, der eine Einladung nach Camp David erhielt.<sup>28</sup> Eisenhower eröffnete die Gespräche, indem er sofort die Berlinfrage anschnitt. Er bekräftigte die Entschlossenheit Amerikas in Berlin und drückte die Hoffnung aus, eines Tages das Besatzungsregime aufzugeben. Er meinte, Chruščevs Äußerungen zu Berlin hätten lediglich Amerikas Entschlossenheit, alle Rechte in Berlin zu wahren, gestärkt. Der US-Präsident fügte hinzu: „Sollten [Verbesserungs-]Vorschläge [von den Sowjets] in dieser Frage gemacht werden, könnten Fortschritte in anderen Fragen wie jener der Abrüstung erzielt werden.“ Hier wurden auf höchster Ebene zum ersten Mal Berlin und die Abrüstung im Zusammenhang mit einem zukünftigen Gipfeltreffen genannt.<sup>29</sup> Eisenhower ließ Chruščev durch diese klare „Linkage“ wissen, dass das Thema Abrüstung von Fortschritten in der Berlinfrage abhängig sei.<sup>30</sup>

Wurde das Abrüstungsthema am Anfang kaum erwähnt, führte Chruščev die Gespräche bald auch in diese Richtung: „Herr K. betonte, ohne eine gründliche Durchleuchtung der US-Positionen zur Deutschland- und Abrüstungsfrage würde es schwierig für ihn sein, seiner Regierung zu berichten, wohin der Barometer wies – klares, wechselhaftes oder stürmisches Wetter“. Eisenhower meinte, die Berlinfrage brauche keinen Sturm zu bringen. Die Amerikaner seien bereit, nach Lösungen zu suchen, man dürfe aber nicht die Geduld verlieren. Überhaupt seien Fortschritte in der Frage der allgemeinen Abrüstung notwendig, um andere spezifische Fragen zu lösen. Chruščev betonte daraufhin, das Abrüstungsthema biete mehr Raum für Verhandlungen, da beide Seiten in

26 Ambrose, Eisenhower, S. 539.

27 Das dichtgedrängte Programm von Chruščevs einwöchigem Besuch in den USA, samt den vielen komischen persönlichen Begegnungen, wurde vom Journalisten Peter Carlson Tag für Tag detailliert beschrieben: Peter Carlson, *K Blows Top: A Cold War Comic Interlude, Starring Nikita Chruschchev, America's Most Unlikely Tourist*. New York 2009. Siehe hierzu auch den Beitrag von Irina Kazarina in diesem Band.

28 Zum Besuch Chruščevs vgl. ebd., S. 541–544; Taubman, *Khrushchev*, S. 419–439; Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise*, S. 71–86.

29 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: *Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria*, S. 35–41, Gesprächsmemorandum Eisenhower – Chruščev, Camp David, 26.9.1959, Dokument 13.

30 Am 29. September betonte Eisenhowers Sprecher James C. Hagerty gegenüber der Presse ganz klar, der US-Präsident und Chruščev hätten sich in ihren Unterredungen „beinahe ausschließlich auf die Berlinfrage konzentriert“. Daneben seien auch Abrüstungsfragen besprochen worden, aber Berlin sei das Hauptthema gewesen. Im Schlusskommuniqué hingegen, das am Ende des Chruščev-Besuches veröffentlicht wurde, führte man die Abrüstung als Hauptthema der Gespräche an, ohne dafür Erklärungen abzugeben. Dabei wurde auch Eisenhowers bevorstehender Besuch in der Sowjetunion erwähnt, von einem Ost-West-Gipfeltreffen war aber nicht die Rede. Vgl. DDEL, AWF, PP, James C. Hagerty Series, Mappe „Khrushchev Visit-Camp David“, Box 21, James C. Hagerty Press Briefings, Gettysburg, Pennsylvania, 29.9.1959.

ihren Positionen noch nicht so festgefahren seien.<sup>31</sup> Als einziges Zugeständnis erklärte sich Chruščev dazu bereit, sein Berlinultimatum zurückzunehmen.<sup>32</sup> Eisenhower hatte zuvor gegenüber führenden Republikanern festgestellt: Bevor er aus seinem Amt scheiden werde, wolle er erneut ganz persönlich versuchen, „den Sowjetchef noch einmal zu erweichen“. Bei der Gelegenheit fügte er auch hinzu: „*Abgesehen vom österreichischen Staatsvertrag* haben wir in den letzten sieben Jahren keinen Brocken mehr aus dem Granitblock schlagen können.“<sup>33</sup> [Hervorhebung der Autoren]

Gegenüber seinen wichtigsten Beratern im amerikanischen Außenamt betonte Eisenhower, er und der Kremlchef hätten hauptsächlich über Berlin geredet und er habe die inakzeptablen ultimativen Forderungen der Sowjets abgelehnt. Unter solchen Umständen könne man an kein Gipfeltreffen denken. Er habe jedoch „Chruščev wissen lassen, dass er einen Gipfel zu Abrüstungsverhandlungen bevorzugen würde, falls beide Seiten bereit seien, über dieses Thema zu reden“. Damit habe er Berlin zum Katalysator erklärt, meinte der US-Präsident.<sup>34</sup> Während die Gespräche der beiden Staatschefs von der Berlinfrage dominiert wurden, hieß es im Schlusskommuniqué dann, die Abrüstung sei das wichtigste Thema dieser Epoche. Das Kommuniqué verwies auf zukünftige Gipfelgespräche zum Thema Abrüstungsverhandlungen. Die Parameter eines künftigen Gipfeltreffens waren damit klar festgelegt – ein solches Treffen würde um die Achsen „Berlin“ und „Abrüstung“ kreisen. Von der „internationalen Zusammenarbeit“ war keine Rede mehr.<sup>35</sup>

### **Der Gipfel mit Chruščev 1960 und die angloamerikanische Akkordierdiplomatie mit den skeptischen westlichen Verbündeten**

Der US-Präsident informierte den westdeutschen Kanzler Adenauer, er habe Chruščev gegenüber die amerikanische Entschlossenheit, Westberlin und die alliierten Besatzungsrechte zu verteidigen, betont. Auch von einem Gipfeltreffen sei die Rede gewesen. Eisenhower schrieb auch an Macmillan und gab vor, dass die Idee für ein Gipfeltreffen von Chruščev ausgegangen wäre. Der US-Präsident bemerkte: „Herr Chruščev hat die sowjetischen Positionen in Bezug auf Berlin, die deutsche Wiedervereinigung, Abrüstung und andere internationale Fragen nicht modifiziert.“ Die Änderung im Ton seiner Ausführungen gingen jedoch so weit, meinte Eisenhower, dass „wir eine schwere Verantwortung auf uns nehmen würden, wenn wir ihm nun ein Gipfeltreffen verweigern würden“. Sollte man auf Vereinbarungen abzielen, bleibe er immer noch skeptisch, aber um der Welt zu beweisen, dass man es ernst meine, sei es besser, ein Gipfeltreffen zu veranstalten. Es galt nun, einen Zeitplan für ein Gipfeltreffen aufzustellen und auch an

31 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 42–45, hier: S. 43, Gesprächsmemorandum Eisenhower – Chruščev, Camp David, 27.9.1959, Dokument 14.

32 Taubman, Khrushchev, S. 438; Ambrose, Eisenhower, S. 544.

33 Ambrose, Eisenhower, S. 542.

34 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 47–52, hier: S. 48, Treffen Eisenhower – State Department, 27.9.1959, Dokument 16.

35 Über die Schwierigkeiten, eine beidseitig akzeptable Schlusserklärung zu formulieren, vgl. auch Taubman, Khrushchev, S. 438.

Vorkonferenzen mit den Franzosen und den Westdeutschen zu denken, um sich auf eine Agenda zu einigen.<sup>36</sup> Das Gipfelwesen in der modernen Diplomatie war immer auch auf eine Weltöffentlichkeit ausgerichtet, die mittels moderner Massenmedien informiert wurde.<sup>37</sup>

Bevor man im State Department damit begann, einen formellen Vorschlag zu entwerfen, traf der US-Präsident Außenminister Herter und die beiden Unterstaatssekretäre im State Department, Livingston T. Merchant und Foy Kohler, um die Zielvorgaben für ein Gipfeltreffen zu definieren. Eisenhower stürzte sich sofort auf die Berlinfrage und wollte wissen, ob bei einem Gipfel eine reelle Chance auf ein Berlin-Abkommen bestehe. Herter antwortete: „Unser Hauptziel sollte sein, Herrn Chruščev zur Annahme eines mehrjährigen Moratoriums zu bewegen.“<sup>38</sup> Der US-Präsident hegte den zusätzlichen Wunsch, das amerikanische Besatzungstruppenkontingent in der BRD zu verkleinern und Kosten einzusparen. Man war sich einig, dass Chruščev wohl kaum auf den westlichen Vorschlag eines Moratoriums eingehen würde. Eine Tagung der Westmächte würde aber notwendig sein, um die Tagesordnung festzulegen. Eisenhower machte klar, dass er nicht unbedingt auf einem Gipfeltreffen bestünde, vor allem, wenn man sich dabei lediglich „Chruščevs Schmähungen“ aussetzen würde.<sup>39</sup>

Auch der französische Präsident Charles de Gaulle stand Gipfelgesprächen mit dem Kreml sehr skeptisch gegenüber.<sup>40</sup> Doch Eisenhower teilte de Gaulle mit, seiner Meinung nach sei die Zeit für ein Gipfeltreffen reif; es sei eine gewisse Erwärmung der „internationalen Eiszeit“ („international freeze“) mit den Sowjets eingetreten. Man müsse diese positive Entwicklung nun weiter vorantreiben und dürfe das gegenwärtig bessere Gesprächsklima mit Chruščev nicht abreißen lassen. Man schulde es der freien Welt und sich selbst, „jede Gelegenheit zu nützen, um die Stimmung bei den Sowjets weiterhin auszukundschaften“. Die Berlinfrage und die Erreichung eines „Modus Vivendi“ würden auf der Tagesordnung stehen. Auch die Abrüstung sei ein Thema. Auf jeden Fall dürfe man dieses Thema nicht im Rahmen des Zehn-Mächte-Abrüstungsausschusses diskutieren. Wie 1955 in Genf könne der Gipfel nur auf Ebene der Vier Mächte abgehalten werden, er würde also wieder ein „Plenargipfel“ werden.<sup>41</sup> Vorher müssten sich die

36 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 65–67, Brief Eisenhowers an Macmillan, 9.10.1959, Dokument 24.

37 Reynolds, Summits, S. 35.

38 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 69–72, Gesprächsmemorandum (Eisenhower, Herter u. a.), 16.10.1959, Dokument 26.

39 Ebd. Im einflussreichen Politischen Planungsstab (Policy Planning Staff) des State Departments meinte Gerard Smith, „beim Nachdenken über Berlin sollten wir niemals das Primat einer US/UdSSR-Détente aus den Augen verlieren [...]. Der erste Test einer solchen Détente werden immer Verhandlungen über Berlin sein.“ Hier wurde zum ersten Mal in den späten 1950er Jahren der Begriff der „Entspannung/Détente“ von einem einflussreichen Berater in den Mund genommen, und zwar im Zusammenhang mit einer Lösung der vertrackten Berlinfrage, vgl. DDEL, PP, John Foster Dulles Papers, Gerard Smith Serie, Mappe 1, Box 2, Memorandum von Gerard Smith, 20.11.1959.

40 De Gaulle bedauerte „den Geist von Camp David“, der sich ganz nach dem Wind der öffentlichen Meinung richtete. Vgl. Bozo, Two Strategies for Europe, S. 32f.

41 Allgemein zum Genfer Gipfel von 1955 vgl. Bischof – Dockrill (Hg.), Cold War Respite. In David Reynolds' Klassifizierung gibt es drei Arten von Gipfeltreffen: „persönliche Gipfel“ (Chruščev und Kennedy in Wien zum persönlichen Kennenlernen), Plenargipfel (Jalta 1945) und „progressive

Westmächte mit Adenauer treffen, um die Tagesordnung zu sondieren und zu akkordieren.<sup>42</sup> De Gaulle sei vor allem „ein Champion des Zusammenhaltens des Westens und ein Feind des Kompromisses mit dem Osten“, wie Frédéric Bozo treffend festgestellt hat.<sup>43</sup>

De Gaulle drückte in seiner Antwort seine tiefen Zweifel über ein Gipfeltreffen und die Chance auf tatsächliche Fortschritte in Ost-West-Fragen aus. Es gebe kaum Chancen für Übereinkommen mit Moskau, meinte de Gaulle, und wenn man sich auf ein Gipfeltreffen einlasse, könne das zu unnötigen Kompromissen führen. „Lediglich Berlin“ komme als Thema für ein Treffen der Staatsoberhäupter infrage, obwohl: „Eine Lösung dieser Frage ist ungewisser als je zuvor“. Bei einem Gipfel würden in der Berlinfrage nur die tiefgehenden Meinungsunterschiede von Neuem herausgekehrt werden. De Gaulle schlug vor, asiatische und Dritte-Welt-Fragen auf die Tagesordnung zu setzen; Abrüstungsgespräche erwähnte er nur am Rande.<sup>44</sup>

Als Nächstes drückten die Westdeutschen, die in ihrer Haltung starr blieben, Washington gegenüber ihre tiefen Zweifel über einen Ost-West-Gipfel aus (auf dem sie, wie schon in Genf 1955, gar nicht vertreten sein würden).<sup>45</sup> Obwohl der Westen am 28. Juli zum wiederholten Male einen Kompromissvorschlag zur Berlinfrage gemacht hatte, rückten die Sowjets nicht von ihrem sturen Standpunkt ab. In einem Brief von Brentanos an Herter meinte der westdeutsche Außenminister knapp: „Wenn man diese Haltung der Sowjetunion bedenkt, dann muss man davon ausgehen, dass jede *Änderung* im Status von Berlin wohl *eine Änderung zum Schlechten hin* sein wird.“ [Betonung im Original] Es wäre am besten, wenn das Berlinproblem auf dem Gipfel überhaupt nicht angesprochen würde. Von Brentano hielt auch wenig von einer Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Er sprach hauptsächlich über Probleme mit der Wiedervereinigung, meinte aber, Budgetprobleme im Kreml könnten eventuell zu Fortschritten in der Abrüstungsfrage führen. Aber auch in dieser Sache seien die jüngsten sowjetischen Angebote keineswegs zufriedenstellend gewesen. „Es schaut nicht nach einem ehrlichen Angebot aus, von Abrüstung zu sprechen,“ meinte von Brentano, „dann aber so zu tun, als ob Kontrollen erst dann wirksam werden könnten, wenn Abrüstung bereits effektiv durchgeführt worden ist.“<sup>46</sup> Damit wolle der Kreml wieder einmal das Pferd von hinten aufzäumen.

Schließlich schickte de Gaulle Eisenhower einen Brief, in dem Optimismus mit-

---

Gipfel“ (persönliche und Plenargipfel in einer Reihe von Gipfeltreffen, z. B. die Reagan – Gorbachev-Gipfel der 1980er Jahre). Vgl. Reynolds, Summits, S. 7f.

42 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 73f. Die Nachricht von Eisenhower an de Gaulle wurde in einem Telegramm des State Departments an die US-Botschaft in Paris weitergeleitet und dann dem Élysée-Palast übermittelt, 16.10.1949, Dokument 27.

43 Bozo, Two Strategies for Europe, S. 33.

44 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 78–80, Brief de Gaulles an Eisenhower, 20.10.1959, Dokument 30.

45 Zu Adenauers komplexer Berlinposition, die neben außenpolitischen vor allem auch innenpolitische Überlegungen zum Inhalt hatte und nicht so starr war, wie von den Kritikern oft behauptet wurde, vgl. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 467–502.

46 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 88–94, hier: S. 91–94, Brief von Brentanos an Herter, 23.10.1959, Dokument 34; zu diesem „starren“ Brief vgl. auch Steinger, Der Mauerbau, S. 138f.

schwung, und führte gleich auch eine mögliche Tagesordnung für Gipfelgespräche an: „allgemeine Abrüstung, Deutschland, Entwicklungshilfe, Nichteinmischung von Staaten in die inneren Angelegenheiten von anderen etc.“ Eine Abschwächung der Spannung im Kalten Krieg könne langfristig das psychologische Klima schaffen, das Frieden auf der Welt ermögliche. Ein Gipfeltreffen, gespickt mit banalen Erklärungen und ohne wirkliche Ergebnisse, könne grobe Enttäuschungen auslösen. De Gaulle warnte, ein Gipfel, der nur die grundlegenden Unterschiede in der deutschen Frage aufzeigen würde oder gar einen Rückzug des Westens aus Berlin zur Folge hätte, wäre fatal für die Atlantische Gemeinschaft. Deshalb müsse man sich in Vorgesprächen und Treffen westlicher Staaten gründlich auf einen Gipfel vorbereiten. Eisenhower habe bereits diesbezügliche Gespräche mit dem Kremlchef in Camp David geführt. De Gaulle informierte Eisenhower, er habe Chruščev nach Paris eingeladen, und dieser habe die Einladung soeben angenommen. De Gaulle stimmte mit Eisenhower überein, dass ein Treffen mit dem US-Präsidenten und Macmillan in Paris, an dem auch Adenauer – allerdings nur bei Gesprächen über die deutsche Frage – teilnehmen sollte, notwendig sei, bevor man Chruščev zu einem „Aeropagus“ (de Gaulles gestelzter Begriff für den Gipfel) treffe. Sollten solche Vorgespräche in den nächsten Monaten stattfinden, könne man Chruščev im April 1960 treffen.<sup>47</sup> Als der Gipfel einmal beschlossene Sache war, ging es de Gaulle also vor allem um eine einheitliche westliche Linie.

Die westlichen Staatsmänner standen vor ihren Treffen großen Schwierigkeiten gegenüber, war es doch nicht leicht, sich auf eine Einladungsliste für die Gespräche und eine gemeinsame Tagesordnung mit dem Kreml zu einigen. Adenauer bestand natürlich darauf, bei einem Gipfeltreffen der Westmächte mit seinem Land vertreten zu sein, während de Gaulle wiederum auf trilaterale Dreimächtegespräche drängte. Adenauer wollte nichts von einem einseitigen Fokus wissen, der Deutschland und Berlin in den Mittelpunkt stellte. Für „den Alten“ in Bonn standen Abrüstungsfragen im Mittelpunkt der Ost-West-Agenda. Eisenhower meinte, es könne ohne Weiteres sein, dass neben der Deutschlandfrage auch viele andere Fragen auf der Tagesordnung stehen würden. Herter beharrte auf einer langfristigen Lösung der Berlinfrage und schlug in der Abrüstungsfrage vor, man solle sich auf Kürzungen der konventionellen Truppenkontingente in Mitteleuropa einigen. Vor einem solchen konkreten Schritt bestand Eisenhower aber auf einem allgemeinen Abrüstungsabkommen. Auch eine Reduzierung der Truppen in Europa wurde angesprochen. Da in Westdeutschland und Großbritannien nationale Wahlgänge anstanden, wollte Macmillan eine kurzfristige Stabilisierung der Weltlage erreichen.<sup>48</sup>

Während sich die Staatsmänner mit der (Vor-)Gipfelrepräsentation und -Tagesordnung herumschlügen, stand die Zeit in Berlin nicht still. Tagtäglich kam es zu unangenehmen Provokationen des aufmüpfigen Ulbricht-Regimes, das sich aufgrund des wachsenden Flüchtlingsstroms von DDR-Bürgern in den Westen in einem gefährlichen Erosionsprozess befand.<sup>49</sup> In dieser angespannten Situation ist es verständlich, dass Ei-

47 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 96f., Brief de Gaulles an Eisenhower, 26.10.1959, Dokument 36.

48 Ebd., S. 98–101, Treffen Eisenhower – Herter u. a., 2.11.1959, Dokument 37.

49 Zum schwierigen Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion und zu Ulbrichts Rolle als auf-

senhower nicht bereit war, die westliche Truppenpräsenz in der geteilten Stadt zu verringern.

In dieser Situation signalisierten die Westdeutschen überraschend, „die Abrüstung dürfe nicht der einzige Tagesordnungspunkt auf einem Gipfeltreffen sein; es sei notwendig, sich auch mit der Situation in Berlin und Deutschland zu beschäftigen“. Herter äußerte gegenüber dem westdeutschen Botschafter Wilhelm Grewe seine Vermutung, die Sowjets würden einen Gipfel höchstwahrscheinlich mit einem deutschen Thema eröffnen. Es gebe zwei Optionen, darauf zu antworten, meinte der US-Außenminister – eine interimistische oder eine langfristige Lösung. Von Ersterer wollten die Westdeutschen nichts wissen. Herter brachte auch die mögliche Taktik des Kremls zur Sprache, einfach x-beliebige Themen aufzuwerfen. Er meinte, eine Reihe von Gipfelgesprächen wäre wohl wenig konstruktiv. Die Gipfelplanung werde zudem von anderen Ablenkungsmanövern verkompliziert. Adenauer arbeite an neuen, eigenen Vorschlägen zu Deutschland und Berlin, die sich auf deutsche Selbstbestimmungsmodalitäten über den Weg von international überwachten gesamtdeutschen Wahlen konzentrierten. Zudem finde im Dezember ein Treffen der NATO-Verteidigungsminister statt, bei dem die USA vorhätten, Vorschläge bezüglich eines niedrigeren Anteils der US-Verteidigungsausgaben in Europa auf den Tisch zu legen (in Washington schlug man sich seit 1958 mit einer negativen Handels- und Zahlungsbilanz und in der Folge mit zunehmenden Budgetproblemen herum). Dazu kamen die wachsenden Ansprüche des französischen Präsidenten, den europäischen Kontinent zu dominieren – die Washington zutiefst irritierten –, und seine Dauermanöver, mit denen er die angloamerikanische Hegemonie des atlantischen NATO-Bündnisses herauszufordern und zu stören trachtete.<sup>50</sup> Macmillan besuchte Adenauer und de Gaulle zusammen mit seinem Außenminister Selwyn Lloyd – er betrachtete die beiden als Störfaktoren bei den westlichen Vorbereitungen auf den Pariser Gipfel, die man aber mittels sorgfältiger Akkordierungsdiplomatie auf die angloamerikanische Linie einschwören könne.<sup>51</sup>

Die westlichen Vorbereitungstreffen für eine gemeinsame Linie auf einem Ost-West-Gipfel gingen im Dezember 1959 in die intensivste Phase – das westliche Bündnis wurde über solche regelmäßigen Konsultationsmechanismen zusammengehalten und gestärkt, vor allem wenn der Kreml Keile in das Bündnissystem treiben wollte. Zuerst fand vom 15. bis 17. Dezember eine NATO-Ministertagung statt, danach trafen sich die Staatschefs am 21. und 22. Dezember in Paris. Es wurde eine Viermächtearbeitsgruppe aktiviert, zudem trafen sich die Außenminister zweimal (vom 12. bis 14. Dezember in Washington und am 1. Mai 1960 in Istanbul). In der türkischen Metropole Istanbul fand vom 2. bis 4. Mai auch eine weitere NATO-Ministerratstagung statt. Vor dem Gipfeltref-

---

sässiger Verbündeter vgl. Hope M. Harrison, *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations 1953–1961*. Princeton 2003. Siehe hierzu auch den Beitrag von Manfred Wilke in diesem Band.

50 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 107–111, Memorandum des Gesprächs Herters mit Shepard Stone zu Stones Gesprächen mit Adenauer, 13.11.1959, Dokument 41.

51 Ebd., S. 112–114, Mitteilungen in Telegrammen von Lloyd an Herter mit Zusammenfassungen der britischen Besuche in Paris und Bonn, o. D., Dokument 42.

fen in Paris empfing Eisenhower die westlichen Staatschefs separat ein weiteres Mal in Washington – zuerst Adenauer (14. bis 17. März), dann Macmillan (26. bis 30. März) und am Ende de Gaulle (22. bis 24. April 1960).<sup>52</sup> Der Westen hatte sich eigentlich noch nie so gründlich auf einen Gipfel mit den Sowjets vorbereitet – und die Amerikaner hatten ihre Diplomatie noch nie so gründlich im Detail und in der Taktik mit den westlichen Bündnispartnern akkordiert.

Die mahnenden Stimmen verstummten jedoch nicht.<sup>53</sup> Unterstaatssekretär Merchant betonte bei einem Lunch gegenüber Botschafter Grewe, „die primäre Betonung der Abrüstung möge zwar eine effektive Taktik sein [...], *aber die Aufrüstung sei grundsätzlich ein Symptom der politischen Spannungen, und nicht umgekehrt*“.<sup>54</sup> [Hervorhebung der Autoren] Aus Moskau meldete der erfahrene Kremlexperte und US-Botschafter Llewellyn Thompson, er sehe kaum eine Chance auf eine Lösung der Deutschland- und Berlinfrage, solange der Westen keine kreativeren Verhandlungspositionen entwickelte. Thompson stimmte mit seinem westdeutschen Kollegen, Botschafter Hans Kroll, darin überein, Chruščev stehe unter ungewöhnlichem Druck vonseiten der Opposition im Kreml. Man müsse sich im Westen überlegen, Chruščev Unterstützung anzubieten, um der möglichen Entstehung eines härteren Regimes im Kreml von vornherein das Wasser abzugraben.<sup>55</sup>

Als sich die westlichen Staatsoberhäupter noch vor Weihnachten am 21. und 22. Dezember 1959 zu Vor-Gipfelgesprächen in Paris trafen, kam man überein, den Sowjets eine formale Einladung für ein Gipfeltreffen zu schicken, ohne jedoch eine Tagesordnung festzulegen. Neben Paris stand Genf als Treffpunkt für den Gipfel im Gespräch, man einigte sich aber rasch auf Paris (in der Erwartung, dass es zu einer Reihe von Gipfelgesprächen kommen könnte). Eisenhower hielt an der Thematik des Abrüstungskomplexes fest; de Gaulle und Adenauer bestanden darauf, Deutschland und Berlin ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Die Vier Mächte stimmten darin überein, dass man den Zehn-Mächte-Abrüstungsausschuss beauftragen müsse, eine gemeinsame westliche Abrüstungsposition zu akkordieren, die man dann Chruščev vorlegen könne. Bei der

52 Steininger, *Der Mauerbau*, S. 140–143.

53 Neben den unterschiedlichen westlichen Positionen zu den im Mittelpunkt stehenden Berlin- und Abrüstungsfragen gab es zusätzliche Probleme in der westlichen Gemeinschaft über „zunehmende Handelsrivalitäten in Europa“ (Herter). Die Briten drücken ihre Sorge darüber aus, dass sich die EWG immer stärker in eine politische Gemeinschaft verwandle. Herter betonte, diese Tendenz sei durchaus im amerikanischen Interesse. Macmillan schlug einen Zusammenschluss der EWG mit der Europäischen Freihandelszone EFTA (bei der die Briten Mitglied waren) vor, um negativen „politischen und militärischen Konsequenzen“ aus diesen westeuropäischen Handelsrivalitäten vorzubeugen. Herter forderte die westlichen Alliierten auf, mehr für Entwicklungshilfe auszugeben – ein Thema, das auch auf der Gipfelagenda stehen werde. Herter konnte nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, die westlichen Staatsoberhäupter könnten sich in diesen Fragen, neben den Berlin- und Abrüstungsproblemen, für die bevorstehenden Gipfelgespräche einigen. DDEL, AWF, PP, Administrative Series, Douglas Dillon, Mappe 1, Box 1, Brief vom US-Botschafter in Paris Douglas Dillon an Eisenhower, 16.12.1959.

54 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 126–128, Gesprächsnotizen Merchant – Grewe, 11.12.1959, Dokument 49.

55 Ebd., S. 135f., Telegramm Thompsons an State Department (über ein Gespräch mit dem westdeutschen Botschafter in Moskau, Kroll), 17.12.1959, Dokument 53.

Berlinfrage fand man jedoch keinen gemeinsamen Nenner. Adenauer lehnte Eisenhowers Forderung, man müsse über den Genfer Vorschlag vom 28. Juli hinausblicken, ab, wusste aber selbst nicht, was zu tun wäre, sollten die Sowjets in Berlin neue Manöver starten. De Gaulle meinte, der Westen könne die Gipfelagenda noch so genau planen, am Ende würde Chruščev doch machen, was er wollte.<sup>56</sup>

Für de Gaulle war die Abrüstung die wichtigste Frage auf der Tagesordnung des geplanten Gipfels, und bei diesem Thema könne man auch Fortschritte erwarten. Adenauer erhoffte sich aus einer Abrüstung Kosteneinsparungen, die man in die Entwicklungshilfe lenken konnte. De Gaulle bestand darauf, dass der Westen eine bessere strategische Organisation in der Verteilung von Entwicklungshilfe schaffen müsse. Auch Macmillan hatte aus britischer Perspektive großes Interesse an der Abrüstung. Man kam überein, Schritte in Richtung einer Limitierung von Atomsprengköpfen und Lenkwaffensystemen zu setzen. In Bezug auf die Deutschlandfrage forderte de Gaulle barsch, „die Vier hätten sich auf Berlin zu konzentrieren“. Dabei dürften aber „der Rechtsstatus und die Rechte des Westens nicht infrage gestellt werden“. Zudem sollten die Regierungen Pläne schmieden, „um Eingriffe zu verhindern“. Überhaupt „hinge die Entwicklung in Deutschland total von Chruščevs Absichten ab“, kam der französische Präsident zum Schluss.<sup>57</sup> Eisenhower hatte immer noch die Fehler, die bei dem Genfer Gipfeltreffen im Juli 1955 gemacht worden waren, im Hinterkopf. Chruščev könne die deutsche Frage wiederum als Trumpf benutzen, um jegliche Lösungsvorschläge und Fortschritte zu torpedieren. Der britische Premier Macmillan hatte nach wie vor wirtschaftliche Fragen, die er auf die Tagesordnung setzen wollte. Die Gespräche verliefen harmonisch; klare Übereinstimmungen, worin eigentlich der Hauptzweck des Gipfeltreffens bestehen sollte, konnten jedoch nicht erzielt werden.<sup>58</sup>

Gegen Ende der Vorgespräche fasste Gastgeber de Gaulle die Positionen zusammen: Die „kommunistische Gefahr“ sei so groß wie immer, darin stimmten alle überein. Chruščevs Politik einer „friedlichen Koexistenz“ sei es, die sie dazu animiere, eine Einladung zu Gipfelgesprächen mit dem Kremlchef auszusprechen. Das westliche Quartett „diskutierte Deutschland und kam überein, dass ihre Positionen sehr reserviert sein sollten, besonders jene zu Berlin“.<sup>59</sup> Auf keinen Fall dürften die westlichen Besatzungsrechte aufgegeben werden. Die westliche Entschlossenheit, die Sicherheit der Westberliner Bevölkerung zu garantieren, müsse betont werden. Die

56 Ebd., S. 140–144, Telegramm Herters an State Department mit Zusammenfassung der Gespräche der westlichen Staatsoberhäupter im Élysée in Paris, 21.12.1959, Dokument 56.

57 Ebd.

58 Ebd., S. 144–146, Telegramm Herters an State Department mit Zusammenfassung der Gespräche der westlichen Staatsoberhäupter im Schloss Rambouillet, 22.12.1959, Dokument 57. Zur deutschen Frage in Genf vgl. auch Eckart Conze, No Way Back to Potsdam. The Adenauer Government and the Geneva Summit, in: Günter Bischof – Saki Dockrill (Hg.), Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955. Baton Rouge 2000, S. 190–214; Richard H. Immerman, „Trust in the Lord but Keep Your Powder Dry“. American Policy Aims at Geneva, in: Günter Bischof – Saki Dockrill (Hg.), Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955. Baton Rouge 2000, S. 35–54.

59 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 151–154, Telegramm Herters an State Department mit Zusammenfassung der Gespräche der westlichen Staatsoberhäupter im Élysée, 22.12.1959, Dokument 60.

Erwartungen für eine Lösung der Deutschlandfrage seien bescheiden, es sei denn, die internationalen Spannungen könnten gelindert werden. Die Vier wollten Adenauers Vorschlag, Entwicklungshilfegelder für die Dritte Welt durch Abrüstungseinsparungen zu gewinnen, im Auge behalten. Man könne mit Chruščev größere öffentliche Gesundheitsprojekte diskutieren. Am Ende der Sitzung stimmten alle zu, den Termin für den Gipfel auf Mitte Mai 1960 anzusetzen.<sup>60</sup> Damit legte sich der Westen endgültig auf ein Gipfeltreffen fest, ohne sich auf eine praktische Gipfelstrategie für die Hauptfragen Berlin und Abrüstung geeinigt zu haben.

### **Dem Pariser Gipfel entgegen: Die westliche Akkordierungsdiplomatie im Winter 1959/Frühjahr 1960**

Botschafter Thompson traf Chruščev bei einer feuchtföhlichen Silvesterparty und telefografierte am Neujahrstag den Inhalt seines Gesprächs mit dem Parteivorsitzenden nach Washington. Chruščev mochte Eisenhower und Herter, hielt aber wenig von Vizepräsident Richard Nixon (mit dem er Ende Juli 1959 bei der berühmten „Küchendebatte“ in Moskau die Klängen gekreuzt hatte).<sup>61</sup> All sein Tun sei auf den Weltfrieden gerichtet, beteuerte ein beschwipster Chruščev, und beklagte die zerstörerische Kraft von Atomwaffen. Er kam auch länger auf die Berlinfrage zu sprechen und warnte die Amerikaner, Adenauer könnte ihn zur Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrages provozieren. Er versicherte Botschafter Thompson, mit dem er eine freundschaftliche Beziehung pflegte und den er mitsamt seiner Familie sogar auf seine Datscha einlud,<sup>62</sup> er werde die Alliierten nicht einfach aus Berlin hinausschmeißen, sondern ganz einfach die Zufahrtsrechte zur Stadt der DDR übergeben. Er wollte nicht zugeben, dass die Stellung der Westalliierten durch einen separaten Friedensvertrag eingeschränkt werden sollte, und verglich die Lage mit den bilateralen amerikanischen Friedensarrangements mit Nachkriegs-Japan. Thompson konnte den Ausführungen des sowjetischen Parteivorsitzenden selbstverständlich nicht zustimmen und versicherte ihm, die Entschlossenheit der USA, ihre Verantwortung in Westberlin wahrzunehmen, sei stärker denn je. Chruščev konnte nicht verstehen, warum der Westen Berlin so viel Bedeutung beimaß. Warum Berlin für ihn eigentlich so wichtig sei, fragte Thompson. Chruščevs Antwort kam wie aus der Pistole geschossen: „Weil es von Ostdeutschland umgeben ist.“<sup>63</sup>

Botschafter Thompson schickte später ein zusätzliches, langes Telegramm an Außenminister Herter. Er vermutete, Ost und West würden bei einem Gipfeltreffen die

60 Ebd.

61 Nixon besuchte die Sowjetunion vom 23.7. bis zum 2.8.1959. William Taubman bezeichnete den Schlagabtausch in der berühmten „Küchendebatte“ mit Chruščev bei der amerikanischen Ausstellung im Sokol’niki-Park als „verbal slugfest“. Nixon wollte Chruščev damit beeindrucken, ihm die Vorzüge der amerikanischen Technologie im Alltagsleben einer Hausfrau klarzumachen. Vgl. Taubman, Chruščev, S. 416–418.

62 Zum erstaunlich guten persönlichen Verhältnis Chruščevs zu Thompson vgl. David Mayers, *The Ambassadors and America’s Soviet Policy*. New York 1995, S. 202–207.

63 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 159–161, hier: S. 161, Thompson an State Department, 1.1.1960, Dokument 63.

gegenseitigen Positionen auskundschaften und austesten, bevor sie sich auf Zugeständnisse einließen. Der erfahrene Kremlexperte und intime Kenner des Parteivorsitzenden schätzte Chruščevs Ausgangsposition wie folgt ein: Er „sucht nach einer langfristigen Entspannung und wirklichen Abrüstungsmaßnahmen, falls diese ohne Gefährdung des kommunistischen Einflusses in Osteuropa zu haben sind“. Thompson warnte Washington, der gegenwärtige westliche Eiertanz erwecke einen bedrohlichen Anschein, den weiterzuverfolgen für den Kreml gefährlich und nutzlos sei.<sup>64</sup>

Thompson war bereits vor dem in der Silvesternacht geführten Gespräch mit Chruščev davon überzeugt gewesen, dass dieser intendierte, bei der erstmöglichen Gelegenheit einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen, möglicherweise in der Übergangsphase der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst.<sup>65</sup> Nicht zuletzt wegen des zunehmenden Flüchtlingsproblems nahm der Druck des Ulbricht-Regimes auf den Kreml unablässig zu. Nicht nur die Hardliner im Kreml wollten „Action“ sehen, auch die Regierung Mao Tse-tung und die Chinesen übten Druck auf Moskau aus. Sollte der Westen die Bedingungen Chruščevs nicht akzeptieren, müssten andere Wege gefunden werden, um auf den internationalen und heimischen Bühnen das Gesicht zu wahren. Die „Linkages“ mit Fortschritten in der Abrüstungsfrage mochten zwar eine probate Verzögerungstaktik sein, es würde aber nicht lange dauern, bis Chruščev sich gezwungen sähe, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen. Thompson sah eigentlich keine wirklichen Alternativszenarien, außer vielleicht etwas flexiblere westliche Positionen, ohne das Aufgeben der ureigensten Rechte des Westens; einen gesamtdeutschen Friedensvertrag, der die Aktionen in und um Berlin auf Eis legte; oder vielleicht einen tatsächlichen Durchbruch in der Abrüstungsfrage, etwa durch ein amerikanisches Angebot zur Ausdünnung der militärischen Präsenz in Deutschland, falls die Sowjets dieselben Zugeständnisse machten.<sup>66</sup> Sowohl Thompson als auch der US-Abrüstungsexperte Gerard Smith in Washington hatten bereits solche Alternativen ausgelotet. Während Thompson in Moskau eine bessere Vorstellung darüber hatte, was für die Führungselite im Kreml tolerabel war, reflektierten Smiths Ansichten die gängigen Denkmuster in Washington, die sich im-

64 Ebd., S. 162–165, Thompson an State Department, 2.1.1960, Dokument 64.

65 Die Rhetorik der Sowjets betonte immer wieder die Gefahr des deutschen Revanchismus und porträtierte den neuen Vertragsentwurf als ein Instrument des zukünftigen Weltfriedens, um endlich die letzte noch verbleibende ungelöste Frage des Zweiten Weltkrieges zu klären. Der Vertragsentwurf beschäftigte sich nicht nur mit Amerika und Europa, sondern auch mit Fragen der Dritten Welt. Er verspreche auch die deutsche Wiedervereinigung, würde aber die deutschen Möglichkeiten zur militärischen Selbstverteidigung und Allianzfreiheit drastisch einschränken. Die angesprochenen Staaten könnten den Vertragsentwurf gemeinsam unterzeichnen oder unilateral anerkennen, was auch die Sowjets vorhatten. DDEL, AWF, PP, International Series, Mappe USSR 1959–1960, Box 50, Kopie des „Soviet Proposed Draft Treaty with Germany“.

66 Gerard Smith, der Chef des Politischen Planungsstabes im State Department, notierte am 7.1.1960, Botschafter Thompson „sei zum Schluss gekommen, die USA sollten in der Berlinfrage eine Position einnehmen, die jegliche Änderung ausschloss“. Smith zweifelte daran, dass dies eine haltbare Position war. In der amerikanischen Führungsetage dachte man immer noch über begrenzte Konzessionen an die Sowjets nach, um neue Verhandlungspositionen für den Pariser Gipfel zu entwickeln. Vgl. DDEL, PP, John Foster Dulles Papers, Gerard Smith Serie, Mappe 2, Box 2, Memorandum von Gerard C. Smith, 7.1.1960.

mer noch in den Bahnen des Kalten Krieges bewegten: eine unnachgiebige, beinharte Positionierung, die sich für die Propaganda ausnutzen ließ. In der Führungsetage des State Departments begann man einzusehen, dass man nur ein enges Set von Optionen hatte, die wenig Chance auf Erfolg boten.<sup>67</sup>

In Moskau schenkte Chruščev Anfang März 1960 dem italienischen Premier Giovanni Gronchi bei seinem Besuch klaren Wein ein: „Wenn der Westen versuchen sollte, die Abrüstung der Berlinfrage vorzuziehen, und zwar als Trick, um den Status quo zu erhalten, so sei er kein Trottel, der in eine solche Falle tappen würde.“<sup>68</sup> Thompson berichtete aus Moskau, in Übereinstimmung mit dem deutschen Botschafter Kroll, Chruščev ziehe weiterhin Verhandlungen vor, wolle aber eine einseitige Lösung der Deutschlandfrage nicht mehr viel länger auf die lange Bank schieben. Beide Botschafter meinten, Chruščev betrachte im Moment eine gesamtdeutsche Kommission als bestes Vehikel, um ein beherztes Vorgehen hinauszuzögern, strebe aber nach wie vor sein Hauptziel an, eine neue Lösung ohne westliche militärische Präsenz in Berlin und Deutschland zu finden. Beide stimmten auch darin überein, dass Adenauer jegliche Konzessionen des Westens blockieren würde. Die Sowjets und die Ostdeutschen seien dabei, mit neuen Reisedokumenten den Zugang zu Berlin zu testen, weiteten aber auch die bürokratische Abwicklung des Reiseverkehrs mit Berlin aus.<sup>69</sup> Aus der Sicht der beiden Botschafter und Sowjetexperten nahm der Druck in Berlin zu.

Außenminister Herter gab Donald Cook, dem Chef des Londoner Büros der renommierten „New York Herald Tribune“, ein Interview und fasste die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen mit Chruščev zusammen. Die neuen Reisedokumente könnten als neuerlicher Anlauf der DDR gesehen werden, eine quasi De-facto-Anerkennung zu erhalten. Sie seien zudem dazu gedacht, Druck auf den Kreml auszuüben, den harten Berlinkurs beizubehalten. Chruščev habe die Zureiseverschärfungen akzeptiert und nehme damit verminderte Chancen eines diplomatischen Durchbruchs auf dem Gipfel und einer Klimaverbesserung im Kalten Krieg in Kauf. Der britische Außenminister meinte, im Westen arbeite man hart an der Abrüstungsfrage, es helfe aber wenig, dass die Franzosen nicht bereit seien, ihre Atomwaffentests zu suspendieren. Herter erwartete, dass Chruščev seine Drohungen über die Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrages mit dem DDR-Regime erneuern würde, lehnte aber eine Anerkennung der DDR im Austausch für ein Berlinabkommen ab.<sup>70</sup>

Im Frühjahr 1960 stand die Berlinfrage immer noch im Mittelpunkt der internationalen Diplomatie und überschattete die Abrüstungsproblematik. General Lauris Norstad, der einflussreiche US-NATO-Oberbefehlshaber, berichtete Eisenhower, man könne Kontroll- und Inspektionsprogramme zur Überwachung der Nukleararsenale in Mitteleuropa ausarbeiten („Norstad-Plan“). Dies könnte zu reduzierten Waffenarsenalen

67 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 179–184, Memorandum RE: Berlin Smith an Herter (mit Beilagen), 28.1.1960, Dokument 72.

68 Ebd., S. 191–193, hier: S. 192, Telegramm zu den Gesprächen Chruščev – Gronchi von Zellerbach (Rom) an State Department, 13.2.1960, Dokument 77.

69 Ebd., S. 193f., Telegramm Thompsons an State Department, 16.2.1960, Dokument 78.

70 Ebd., S. 197–200, Gesprächsmemorandum Herter – Cook, 18.2.1960, Dokument 80.

führen und so dazu beitragen, die Spannungen in Mitteleuropa zu reduzieren. Man könne Adenauer davon abhalten, die Kontrollzonen über Deutschland hinaus auszudehnen. Adenauer wollte nichts von Norstads Inspektionsplan – einem „Trojanischen Pferd“ – wissen und gab sich unbeugsamer als je zuvor.<sup>71</sup> Der US-Botschafter in Bonn, Walter C. Dowling, beobachtete einen zunehmenden Nationalismus und wachsende Unabhängigkeit der Bundesrepublik von der US-Dominanz, und dies „könnte grobe Gefahren heraufbeschwören“.<sup>72</sup> Adenauer hatte panische Angst vor jeglichen Änderungen in der deutschen Frage, weshalb er so schnell wie möglich von der Berlinfrage wegkommen und sich der Abrüstung zuwenden wollte. Dowling gab zu bedenken, die US-Politik sehe nach wie vor eine natürliche Progression von der Berlin- zur Wiedervereinigungshin zur Abrüstungsfrage vor. Eisenhower bestätigte dann auch am Vorabend von Adenauers Besuch in Washington, Berlin sei immer noch „der Schlüssel“. Der US-Präsident bedauerte sowohl die Auslassungen in den ursprünglichen Berlinabkommen als auch den Umstand, dass er die Zugangsrechte und die Versorgung Berlins letztendlich nicht garantieren konnte. Eisenhower meinte auch, ein UN-Abkommen für Berlin wäre möglich, stieß mit dieser Option aber auf keine Gegenliebe bei den beteiligten Parteien.<sup>73</sup>

Die Gespräche bei Adenauers Besuch in Washington Mitte März 1960 verliefen in betont freundschaftlicher Atmosphäre, obwohl man in der Sache nicht so richtig weiterkam. In der Abrüstungsfrage stimmte Adenauer mit dem Vorschlag des US-Präsidenten überein, die Inspektionen aus der Luft fortzusetzen. Dieser war im Grunde genommen nichts anderes als Eisenhowers „Open Skies“-Vorschlag, den er bereits 1955 auf dem Genfer Gipfel gemacht hatte. Außenminister von Brentano warnte Eisenhowers Mitverhandler, man solle bei den zivilen Zufahrtsrechten nach Berlin nicht klein beigeben. Die Empfehlungen vom 28. Juli 1959 lehnten es explizit ab, die zivilen Zufahrtsrechte nach Berlin von den militärischen der Alliierten zu trennen. Adenauer vertrat weiterhin seinen Standpunkt, dass jegliche Anerkennung der Autorität der DDR-Regierung, etwa durch ein Zugestehen von Zufahrtsrechten, für ihn gänzlich inakzeptabel sei. Außenminister Herter erinnerte ihn daran, Ost- und Westdeutschland hätten laufende Zoll- und Tarifvereinbarungen, die so etwas wie gegenseitige Anerkennung andeuteten. Adenauer stimmte dem nicht zu. Der westdeutsche Kanzler drückte seine Befürchtung aus, dass sich die Westmächte nicht rechtzeitig auf eine gemeinsame Position für die Gipfelgespräche mit Moskau festlegen könnten. Er schlug eine Volksabstimmung in Berlin vor, die noch vor dem Gipfel stattfinden sollte. Doch ein solches Ansinnen war nicht durchführbar und stimmte die Amerikaner und die anderen westdeutschen Besucher nachdenklich. Man fragte sich, ob der Kanzler immer noch ernsthaft an einem Gipfeltreffen interessiert war.<sup>74</sup>

71 Ebd., S. 214–216, Gesprächsmemorandum Eisenhower – Norstad – Goodpaster, 11.3.1960, Dokument 85; Steininger, *Der Mauerbau*, S. 147.

72 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 216f., Dowling an Herter, 11.3.1960, Dokument 86.

73 Ebd., S. 218–220, Konferenzmemorandum Eisenhower – Herter u. a., 14.3.1960, Dokument 87.

74 Ebd., S. 225–232, Gesprächsmemoranden Eisenhower – Adenauer, Herter – Adenauer u. a., 14./15.3.1960, Dokument 90; Steininger, *Der Mauerbau*, S. 142–148.

Die Amerikaner, Briten und Franzosen intensivierten ihre westliche Akkordierungsdiplomatie im März und April 1960 und trafen letzte Vorbereitungen für das Gipfeltreffen mit Chruščev im Mai. Ende März kam Macmillan auf Besuch in die USA und wurde sogar nach Camp David eingeladen (eine besondere, freundschaftliche Geste, die man Adenauer nicht zukommen ließ). Man diskutierte den Atomsperrvertrag, und Eisenhower kam auch auf die tiefe Sorge Moskaus über ein bewaffnetes wiedervereinigtes Deutschland zu sprechen. Eisenhower hatte selbst den Geist der Wiedervereinigung bei seinen Besuchen in Westdeutschland wahrgenommen; er war sich jedoch im Klaren darüber, dass die gegenwärtigen Grenzen zu respektieren waren. Macmillan konzidierte, dies sei eine wichtige Überlegung der Sowjets. Würde man eine Erklärung der Sowjets in diese Richtung erhalten, so sei es den Versuch wert, meinte der britische Premier. Der US-Präsident stimmte zu, gab aber zu bedenken, „man dürfe es den Sowjets nicht zu leicht machen“.<sup>75</sup> Eisenhower fragte sich, ob man vielleicht einen Kuhhandel machen könnte: ein Zwei-Jahres-Moratorium für einen Atomwaffensperrvertrag gegen ein zweijähriges Stillstands-Moratorium in Berlin. Macmillan und Eisenhower erkannten beide, dass die unnachgiebige Haltung Adenauers ein Problem für die westliche Position war.

Eisenhower drückte seine Sorge darüber aus, ein enttäuschter Adenauer könnte für eine Neutralisierung Deutschlands optieren – eine Sorge, die die Westalliierten seit Stalins Neutralisierungsangebot 1952, sowie dem vom polnischen Außenminister Adam Rapacki 1957 lancierten Plan einer Denuklearisierung Mittel- und Osteuropas beschäftigte.<sup>76</sup> Eine solche Entnuklearisierung hätte die westdeutsche Integration in den Westen stoppen können. Am Ende einer solchen Entwicklung aber könnte ein neues „Rapallo“ stehen. Traumatisiert vom deutsch-sowjetischen Vertrag von 1922 konzentrierte sich die westliche Diplomatie langfristig vor allem darauf, eine neuerliche deutsch-sowjetische Annäherung mit allen Mitteln zu verhindern.<sup>77</sup>

Macmillan hatte weniger Bedenken in diese Richtung, da die Deutschen es vorzögen, gut bewaffnet zu sein. Er meinte, er persönlich habe kein Problem mit dem Lösungsvorschlag einer „freien Stadt“ Berlin, diese Option sei aber im Moment nicht möglich. Eine „Inselstadt“ Westberlin könne nicht auf Dauer bestehen, befürchtete Eisenhower. Es wäre „ein ernsthaftes Problem, wenn wir in Berlin Schwäche zeigen“. Der US-Präsident drückte die Hoffnung aus, Adenauer dazu drängen zu können, einen Zoneninspektionsplan zu akzeptieren, der auch für die Sowjets annehmbar sei. Macmillan befürchtete jedoch, dass der Westen bisher zu wenig Zeit in taktische Feinplanung

75 Steinger, *Der Mauerbau*, S. 148f.; FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 258–262, Gesprächsprotokoll Eisenhower – Macmillan u. a. in Camp David, 28.3.1960.

76 Peter Ruggenthaler (Hg.), *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung*. München 2007.

77 McCormick, *America's Half Century*, S. 132f. George Kennan hatte sich 1957 der Rapacki-Idee eines „disengagement“ in Mittel- und Osteuropa in seinen berühmten „Reith Lectures“ im BBC-Radio angeschlossen. Der frühere Außenminister und entschlossene „Kalte Krieger“ Dean Acheson, der in den 1950er und 1960er Jahren noch militanter wurde, attackierte Kennans Ideen und erklärte, worum es seiner Meinung nach in der amerikanischen Kalten Kriegsdiplomatie wirklich ging: Ohne die Mittel, „die fortlaufende Integration Deutschlands in den Westen zu überwachen“ warnte er, „würden wir ständig von der Gefahr eines neuen [deutsch-sowjetischen] Übereinkommens bedroht werden“. Siehe ebd., S. 133.

investiert habe. Daher sei in Paris lediglich ein Hin-und-her-Gerede ohne konkrete Ergebnisse zu erwarten.<sup>78</sup>

In der deutschen Frage ging es am Ende also darum, zwischen den gegensätzlichen Polen einer Integration der Deutschen in die jeweiligen Blöcke oder einer Neutralisierung des Landes zu verhandeln.<sup>79</sup> Bei den Pariser Gipfelgesprächen stand daher viel auf dem Spiel.

Bereits am nächsten Tag traf in Washington ein Bericht von der US-Botschaft in Paris über Chruščevs Besuch bei de Gaulle ein. Der französische Präsident schenkte dem Parteivorsitzenden der KPdSU klaren Wein ein und betonte, die Furcht Moskaus vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands sei übertrieben. Für de Gaulle war die Realität eines geteilten Deutschlands als Komponente der europäischen Mächtebalance nicht mehr wegzudenken, da die Stärke Westdeutschlands zum strategischen Austarieren der europäischen Sicherheitsarchitektur beitrage. Dem wollte Chruščev nicht zustimmen. Für ihn komme nur ein separater Friedensvertrag infrage. De Gaulle blieb hart – Frankreich werde die DDR nie anerkennen. Chruščev jedoch verfolgte die deutsche Frage und die Idee eines Friedensvertrages weiter. Auch über Berlin als „freie Stadt“ solle man nachdenken. Der französische Außenminister Maurice Couve de Murville kam zu dem Schluss, sowohl Chruščev als auch de Gaulle „wollten beide eine Entspannung“ in Europa erreichen. „Der Unterschied war, dass die Franzosen eine Détente anstrebten, die den Status quo in Deutschland bewahrte [...], die Russen jedoch die Entspannung auf einer Lösung der deutschen Frage aufbauen wollten. [...] Grundsätzlich hatte sich also nichts an der Ausgangsposition beider Seiten geändert.“<sup>80</sup> Als der französische Staatsminister Louis Jacquinot Chruščev bei einem Stopp in Reims riet, mehr Geduld in der Deutschlandfrage zu zeigen, meinte dieser: „Manchmal bedauere ich es, nie eine Diplomatenschule besucht zu haben.“<sup>81</sup>

Chruščev war weder bereit, grundlegend neue Vorschläge des Kremls vorzulegen, noch wollte er die festgelegten westlichen Positionen akzeptieren. Stattdessen spielte er das alte Spiel des Kremls: Er versuchte, Keile in das westliche Bündnis zu treiben, und ermutigte de Gaulles Ambitionen, von Washington und London unabhängige Positionen zu vertreten. Chruščev erkannte, dass de Gaulle nicht unbedingt dieselbe Linie vertrat wie Eisenhower und Macmillan und eine Quasi-Anerkennung der DDR bzw. Normalisierungsbemühungen zu Berlin nicht von vornherein ablehnte, sollte Chruščev die entscheidenden Berlin-Forderungen fallen lassen. Zudem war de Gaulle im Unterschied zu Eisenhower und Macmillan nicht bereit, die besatzungsrechtliche Grundlage

78 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 258–262, Gesprächsprotokoll Eisenhower – Macmillan u. a., 28.3.1960, Dokument 105.

79 Jüngere Überblicksabhandlungen des Kalten Krieges betonen, dass die deutsche Frage während des gesamten Kalten Krieges ein zentrales Thema der US-Außenpolitik und der Ost-West-Diplomatie blieb. Vgl. Melvyn P. Leffler, *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*. New York 2007.

80 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 262f., Telegramm Houghtons an das Außenministerium, 29.3.1960, Dokument 106; Ebd., S. 264f., Telegramm Houghtons an das Außenministerium, 4.4.1960, Dokument 108; Vgl. auch Taubman, *Khrushchev*, S. 452–454.

81 Taubman, *Khrushchev*, S. 453.

der Berlin-Präsenz infrage zu stellen; er lehnte nämlich eine auf einer Vereinbarung mit der UdSSR beruhende Präsenz grundsätzlich ab. De Gaulle zielte auf ein gut bewaffnetes Westdeutschland ab, das als erste Verteidigungslinie in Westeuropa den Druck aus dem Osten abfangen konnte.

Obwohl die westlichen Erwartungen für den Gipfel bereits tief gesunken waren, wollte man ihn wie geplant abhalten.<sup>82</sup> Den Außenministern und Berufsdiplomaten könnte es vielleicht sogar gelingen, eine Akkordierung der vielen Positionspapiere vorzunehmen und eine gewisse Übereinstimmung der westlichen Verhandlungspositionen zu erzielen. Am 7. April 1960, nur wenige Wochen vor dem Abschuss des amerikanischen U-2-Spionageflugzeuges über sowjetischem Territorium, legten die Arbeitsgruppen der Westmächte ihre Papiere zur Abrüstung, zu Berlin und zur internationalen Zusammenarbeit vor. In diesen Arbeitsreportagen wurden die westlichen und sowjetischen Positionen im Detail zusammengefasst, die Übereinstimmungen und Differenzen zwischen Ost und West herausgearbeitet und die Richtung der zu erwartenden sowjetischen Verhandlungsführung antizipiert. So vermutete man etwa in der Abrüstungsfrage, die Sowjets „werden in ihren öffentlichen Auftritten nach wie vor als die Champions der totalen Abrüstung auftreten und den Westen dazu drängen, gewisse Prinzipien der Abrüstung zu akzeptieren, die dann die Grundlage eines Vertrages bilden könnten“. Diese Prinzipien würden später als das Äquivalent des (Abrüstungs-)Planes von Chruščev dastehen und als Ausgangslage zur Erpressung des Westens eingesetzt werden. Am Ende werde ein derartiger Kremlplan dazu dienen, „die westlichen Delegationen dafür verantwortlich zu machen, die Vorstellung einer totalen und umfassenden Abrüstung zu torpedieren“. <sup>83</sup> Diese Annahmen waren Ausdruck der niedrigen Erwartungen des Westens an das Pariser Gipfeltreffen. Aus Bonn berichtete Botschafter Dowling, an eine Volksabstimmung sei nicht zu denken, da die laufende Wahlsaison bereits Chaos in Westdeutschland erzeuge. Auch bei Chruščev begann sich die Sorge einzuschleichen, der Gipfel könnte seine Erwartungen nicht erfüllen.<sup>84</sup>

Die Berliner Arbeitsgruppe stellte ihr Memorandum bis zum 9. April fertig. Das Abrüstungspapier war jedoch mehr eine Art Zusammenfassung als ein neuer Plan. Die Experten schlugen einen Fahrplan vor, der zuerst die Beschäftigung mit der Abrüstung und erst danach mit Berlin und der internationalen Zusammenarbeit vorsah. Der Westen sollte darauf abzielen, die östliche Bedrohungspolitik auszuschalten, ohne dabei die

82 Die Außenminister hatten ihre eigenen Sorgen mit den Staatschefs, für die sie arbeiteten. Herter vermerkte: „Die Staatsoberhäupter möchten unter sich sein, und davor haben die Außenminister Angst.“ DDEL, PP, Herter Serie, Mappe Telefongespräche, Box 12, Memorandum eines Telefongesprächs von Herter mit Verteidigungsminister Thomas Gates, 2.4.1960. Außenminister Dean Rusk hatte vor dem Wiener Gipfel 1961 ähnliche Bedenken: Vom State Department sorgfältig vorbereitete Positionen könnten von den Staatschefs in der Erregung der Gipfelgespräche leicht übergangen werden. Die Außenminister und Spitzendiplomaten beschäftigte immer wieder die Frage, wie man den Staatsoberhäuptern bei Gipfeltreffen Zügel anlegen könnte. Siehe hierzu den Beitrag von Günter Bischof und Martin Kofler in diesem Band.

83 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 271–275, „Five Power Report of April 5 on Disarmament“, Briefingpapier für die Außenministerkonferenz, 7.4.1960, Dokument 112.

84 Taubman, Khrushchev, S. 450.

Freiheit und Kooperation in Europa zu gefährden. Die Reaktion des Westens auf den zu erwartenden sowjetischen Friedensvertrag solle ein westlicher Friedensplan sein (im Grunde der Fünfjahresplan vom 28. Juli 1959), ergänzt durch den Vorschlag eines gesamtdeutschen Plebiszites. Der sowjetischen Vorstellung einer „Freien Stadt Berlin“ solle vom Westen mit dem Gegenvorschlag einer Volksabstimmung begegnet werden. Man könne mehr Zeit schinden, indem man entweder ein Abkommen unterzeichne oder ganz einfach stillschweigendes Einverständnis untereinander zeige.<sup>85</sup> Sowohl das Abrüstungs- als auch das Berlinpapier stellten sich auf einen schrittweisen Prozess ein.

Zur endgültigen Koordination und Endabstimmung der Choreografie der Pariser Gipfelplanung kamen die Außenminister nochmals vom 11. bis 14. April 1960 in Washington zusammen. Der Amerikaner Herter traf seinen britischen Kollegen Lloyd zu einem Gespräch unter vier Augen. Beide widmeten sich erneut im Detail den Gesprächsprotokollen des jüngsten Treffens zwischen de Gaulle und Chruščev. Sie meinten, es könnte sich eine Lösung anbieten, wenn man die Atomtests und Berlinaktionen gleichzeitig auf Eis lege. Lloyd hoffte, de Gaulle habe nun keinen „chip on his shoulder“ mehr.<sup>86</sup> In Gesprächen Herters mit von Brentano legte der westdeutsche Außenminister großen Wert darauf, dass sich der Westen in der Deutschland- und Berlinfrage unbedingt einig sein müsse. Herter beruhigte ihn mit der Feststellung, die westlichen Positionen seien bereits dabei, näher zusammenzurücken. Die beiden unterhielten sich auch über mögliche Lösungsmöglichkeiten in der Abrüstungs- und Berlinfrage mit dem Kreml, kamen aber zum Schluss, es sei ausgesprochen schwierig vorzusagen, welche Taktik die Sowjets auf dem Gipfel verfolgen würden. Von Brentano war überzeugt, dass „Chruščev zumindest eine ernsthafte Krise vom Zaun breche“.<sup>87</sup> Das könne schon sein, meinte Herter, er rechne aber eher mit Chruščevs Taktik, zuerst ruhig zu beginnen, dann mit Provokationen nachzustoßen und am Schluss wieder eher ruhig zu agieren. Von Brentano befürchtete, die Sowjets würden die DDR ins Spiel bringen. Er fragte Herter, ob ein Atomtestabkommen angedacht sei. Herter konnte ihn beruhigen – man wolle auf dem Gipfel lediglich ins Gespräch kommen, Pläne zur Unterzeichnung von Abkommen gebe es keine.<sup>88</sup>

Am Ende dieser Planungstagung versuchten die Außenminister der Großen Drei, eine fixe Tagesordnung für den Gipfel sowie taktische Verhandlungspositionen für die verschiedenen Fragen festzulegen.<sup>89</sup> Herter erinnerte daran, die Sowjets hätten immer

85 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 281–284, „Report on the Working Group on Germany Including Berlin“, Papier für die Außenministerkonferenz, 9.4.1960, Dokument 115.

86 Ebd., S. 296–305, Gesprächsprotokoll Herter – Lloyd u. a., 12.4.1960, Dokument 121.

87 Ebd., S. 292–296, Gesprächsprotokoll Herter – von Brentano u. a., 12.4.1960, Dokument 120.

88 Ebd.

89 Die Außenminister bereiteten sich auf ihr Treffen vom 12. bis zum 15.4.1960 durch das Studium der Detailpapiere zur Abrüstung und Berlin, die von den Vierer-Arbeitsgruppen erstellt worden waren, vor. Einen Monat vor dem Gipfeltreffen stellten diese Arbeitspapiere eine Art „Summa“ zu diesen Hauptfragen dar. Eine Prognose etwa meinte, in der Deutschlandfrage würden sich „die Sowjets anständig benehmen, um ihre unnachgiebigen Positionen in der Berlinfrage zu vertuschen“. Im Grunde ging der Westen auf der Basis des „Westlichen Friedensvertrages“ nach Paris, den man vor einem Jahr bereits auf der Genfer Außenministertagung vorgelegt hatte: Dies war der Status quo ohne Konzessi-

wieder vier Themenkomplexe angesprochen: Abrüstung, Deutschland, Berlin und Ost-West-Beziehungen.<sup>90</sup> Man solle daher in dieser Reihenfolge vorgehen und den Atomteststopp mit einschließen. Lloyd meinte, es sei vielleicht klüger, mit dem Generalthema der Ost-West-Beziehungen anzufangen. Dies könnte Chruščev dazu ermuntern, gleich von Anfang an die Entspannung prinzipiell auf die Gipfelagenda zu setzen. Herter scheute jedoch davor zurück, den Westen auf eine Détente politik einzuschwören, und dann von Chruščevs Unnachgiebigkeit in der Berlinsache düpiert zu werden. Couve de Murville meinte ebenfalls, das Anstreben einer allgemeinen Entspannung zwischen Ost und West mache wenig Sinn, wenn die Sowjets in der deutschen Frage nicht nachgäben. Herter schlug vor, man solle erst ausführlich darüber nachdenken und dann auf das Thema zurückkommen. Hier wurden die Zweifel der Westmächte an der Chance auf eine wirkliche Entspannung in Paris deutlich. Couve de Murville hielt wenig von Verhandlungslösungen mit den Sowjets (Einfrieren der Abrüstungs- und Berlinfrage) und informierte seine westlichen Kollegen, de Gaulle sei nicht sehr erpicht darauf, nach Moskau zu gehen. Überhaupt hätten die Franzosen seit dem Treffen der Staatschefs in Paris im Dezember keine wirklich neuen Positionen entwickelt. Die Westdeutschen und Franzosen hielten auch wenig vom Vorschlag der Arbeitsgruppe, die Option einer gesamtdeutschen Volksabstimmung in das taktische Kalkül des Westens mit aufzunehmen. Von einem Interimsabkommen, das mittel- und langfristig die Zufahrtsrechte nach Westberlin an die DDR-Regierung übertrug, hielten sie ebenfalls nichts. Die Franzosen machten sich Sorgen, dass eine dritte Kategorie von Territorialrechten in Deutschland geschaffen werden könnte, nämlich ein allianzfreies Territorium. Die Westdeutschen bestanden weiterhin auf einer Normalisierung der Berlinfrage als ersten Schritt in Richtung Wiedervereinigung.<sup>91</sup>

Die bestehenden Differenzen ließen sich auch bei der Festlegung der westlichen Position in der Abrüstungsfrage nicht verhehlen. Von den Sowjets erwartete man schlichtweg, dass sie von Anfang an entschieden an einer allgemeinen Abrüstung festhalten, sonst aber in Paris keine konkreten Vorschläge vorlegen würden. Der Westen hingegen hatte sich nach vielem Hin und Her entschlossen, Pilotprogramme zum Truppenabbau und spezifische Inspektionszonen am Verhandlungstisch zu präsentieren. Die Briten hatten sogar ein konkretes Gegenstatement zur allgemeinen Abrüstung vorbereitet, mit dem man hoffte, die Sowjets schon bald zu Abrüstungsabkommen zu bewegen. Herter hielt dem Vorschlag der Franzosen, das Problem der Atomwaffen-Trägersysteme anzugehen, entgegen, bei einem solchen Vorhaben würden die Sowjets ganz einfach ihre Raketen und Sprengköpfe verstecken. Wenn man zu viel auf einmal unternähme, meinte Herter, wäre jegliche Hoffnung auf Fortschritte wohl vergebens. Die Außenminister waren auch von der Option, Vertreter der Vereinten Nationen zu den Diskussionen einzuladen, nicht sonderlich angetan. Sie fürchteten, der mit allen Wassern taktischer Verhandlungskunst

onen an den Kreml. Vgl. DDEL, White House Office Files, Executive Secretary Subject Files, Mappe 9, Box 8, Entwurf des „Report of the Working Group on Germany including Berlin“, 9.4.1960.

90 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 296–305, Außenministertreffen, 12.4.1960, Dokument 121.

91 Ebd.

gewaschene Chruščev würde sich auf die Vereinten Nationen als gefundenes Fressen für Propagandamanöver stürzen.<sup>92</sup>

Am Ende konnten sich die westlichen Außenminister dann doch auf einen Fünf-Punkte-Plan einigen, der folgende Elemente enthielt: ein Verbot aller Waffensysteme im Weltraum; die Notifizierung der Gegenseite bei Raketentests; die Deckelung der Truppenstärke der Sowjets bei 2,5 Millionen; die Limitierung der Truppen des Westens bei 2,1 Millionen Mann; eine strikte Kontrolle der Produktion und Verteilung von spaltbarem Material, das für Nuklearwaffen geeignet war. Bei der Abrüstung setzte man sich folgende langfristige Ziele: eine Balance in der Zusammensetzung der Truppen; effektive Kontrollen und Inspektionen; die phasenweise Reduzierung der Truppenstärke; ein totaler Bann von Weltraumwaffensystemen.<sup>93</sup>

Auch beim dritten für den Pariser Gipfel vorgesehenen Hauptthema spielten die Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen („non-proliferation“) eine Rolle. Hier wurde ebenfalls von den Sowjets das Vorbringen einer Ausgangsposition antizipiert, die die Betonung auf allgemeine Prinzipien legte und für den Westen mehr als für den Osten eine Zwangsjacke darstellen würde. Die hoch und heilig beschworenen Bekenntnisse zur Nichteinmischung könnten auch Probleme aufwerfen, falls die Sowjets wie immer versuchen würden, alle Aktivitäten der Kommunistischen Partei von Regierungsaktionen auszuschließen. Handels- und Entwicklungshilfeabkommen seien denkbar, müssten aber mit bereits bestehenden Verträgen koordiniert und dann vom Kongress und anderen Nationalparlamenten abgesegnet und ratifiziert werden. Es gab also eine Fülle von möglichen Projekten in den allgemeinen Ost-West-Beziehungen – die meisten von ihnen wurden aber durch Meinungsverschiedenheiten beeinträchtigt. Deshalb wollten die Außenminister mit einer Presseerklärung zuwarten – diese Differenzen wären sonst für die Weltöffentlichkeit schnell augenfällig geworden.<sup>94</sup>

Die Beamten des State Departments schrieben dann ein letztes Positionspapier, das drei prinzipielle „affirmative Zwecke“ anführte: 1) „ein bescheidener Anfang in Richtung praktischer kontrollierter Abrüstung“; 2) „die Abschreckung kommunistischer Aktionen, die gegen Berlin gerichtet waren, und die Ebnung des Wegs für eine zukünftige akzeptable Lösung“; 3) „eine Zunahme des Selbstvertrauens und des Zusammenhalts des westlichen Bündnisses“. Dieses Papier ging überhaupt nicht auf das taktische Kalkül, mit dem man in Paris in die Verhandlungen gehen wollte, ein, lässt aber den Schluss zu, dass der Hauptzweck des Pariser Gipfels tatsächlich das Erzielen von Fortschritten in der Abrüstung sein sollte. Diesem Befund ist jedoch entgegenzuhalten, dass das Berlinproblem bei allen Außenministertreffen im April das am meisten diskutierte und konfliktgeladene Thema war.<sup>96</sup> Am Ende würde die Abrüstungsproblematik die westlichen

92 Ebd., S. 308–314, Außenministertreffen, 13.4.1960, Dokument 123.

93 Ebd.

94 Ebd., S. 323–330, Außenministertreffen, 14.4.1960, Dokument 126.

95 Ebd., S. 340–343, State Department Paper „Our Summit Purposes“, [22.4.1960], Dokument 133.

96 Ein Beispiel, wie prominent das Berlinthema war und mit welchen Grenzen die Entscheidungsträger in der Öffentlichkeit konfrontiert waren, kann aus den PR-Anstrengungen der Eisenhower-Administration, wonach Berlin absolut kein Thema sei, herausgelesen werden – das beteuerte Unterstaatssekretär Douglas Dillon gegenüber dem US-Gewerkschaftsverband AFL-CIO. Mit seinen wiederholten

Differenzen wohl weniger auf die Bühne der Weltöffentlichkeit zerrren und sowjetische Ablehnung kassieren als die Berlinfrage. In der Öffentlichkeit stieß die Ankündigung einer Reduzierung der Waffenarsenale auf große Zustimmung. Der dritte für die Pariser Tagesordnung vorgesehene Punkt – die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen – war lediglich ein Ausstellungsstück fürs Schaufenster der Weltöffentlichkeit.<sup>97</sup>

### **Der Abschuss des U-2-Spionageflugzeuges und das Fehlschlagen des Pariser Gipfels**

Und dann passierte es. Am 1. Mai 1960, einem sowjetischen Staatsfeiertag, schossen sowjetische Raketen das CIA-Spionageflugzeug U-2 ab. Die U-2-Flugzeuge, die seit 1956 in großer Höhe den sowjetischen Luftraum überquerten und hochkarätige Bilder sowjetischer Verteidigungseinrichtungen lieferten, stellten für Chruščev eine dauernde Erniedrigung dar. Bis zu jenem 1. Mai war es der sowjetischen Luftraumüberwachung nicht gelungen, ein U-2-Flugzeug abzuschießen. Washington reagierte mit einem nichtsagenden Kommuniqué über ein vermisstes Flugzeug. Der Kreml spielte Katz und Maus mit Washington, wo man nicht wusste, dass Moskau die Überreste der abgeschossenen U-2 gefunden hatte und diese bereits auswertete. Auch der Pilot Francis Gary Powers, der keine Zyankalikapfel geschluckt hatte (wie es für einen solchen Fall eigentlich vorgesehen war), wurde lebend aufgefunden, festgenommen und verhört. Taktisch geschickt bewahrte man in Moskau vorerst Stillschweigen darüber und ließ Washington somit schnurstracks in die Falle laufen, die Spionagetätigkeit der für die amerikanische Sicherheitspolitik so wichtigen U-2-Flüge zu verniedlichen. Die öffentlichen amerikanischen Statements waren nichtssagend. Moskau konterte dann kurz vor dem Pariser Gip-

---

Forderungen eines Friedensvertrages, meinte Dillon, laufe Chruščev „auf sehr dünnem Eis Schlittschuh“. Der praktisch veranlagte Gewerkschaftsboss Walter Reuther riet Dillon, die Regierung solle ganz einfach mit ihren eigenen Forderungen in die Gipfelverhandlungen gehen. DDEL, White House Office Files, Executive Secretary Subject Files, Berlin Master Briefing Book File, Mappe p, Box 8, Kopie des Artikels „Dillon Says West Rejects Slavery for Berlin“, New York Times, 21.4.1961.

97 In den Tagen vor den Pariser Gipfelgesprächen schien wenig Hoffnung auf eine Abschwächung der Ost-West-Spannungen zu bestehen, obwohl ein Rest von Optimismus blieb. So meinte C. D. Jackson, ein alter Freund und PR-Berater Eisenhowers, der am Anfang seiner Präsidentschaft sogar so etwas wie sein „Propagandaminister“ war, ein Gipfel schaffe gute Chancen für Goodwill und eine Transformation des Ost-West-Verhältnisses. Ein Besuch Eisenhowers in Moskau, wie er seit Chruščevs Besuch in Camp David im Herbst 1959 vorgesehen war, sei noch besser geeignet zur Verbesserung der Stimmung. Jacksons Freund und Berater Walt Rostow entwickelte diese Ideen in längeren Memoranden weiter. Dabei wird auch klar, dass die Vordenker der US-Außenpolitik an einer allgemeinen Entspannung ein zunehmendes Interesse zeigten. DDEL, AWF, Administrative Series, C. D. Jackson Files, Mappe 1960, Box 22, Brief Jacksons an Eisenhower, 9.5.1960. Jackson und Rostow waren bereits 1955 zusammen mit Harold Stassen beim „Open Skies“-Vorschlag federführend gewesen – ein neues, umfassendes Inspektionsregime, das Eisenhower als seinen neuen Abrüstungsplan beim Genfer Gipfel 1955 vorlegte. David Tal hat nachgewiesen, dass „Open Skies“ als Idee auch dem „Norstad-Plan“ zugrunde lag: Ein Inspektionsregime mit einer Zone in Mitteleuropa, das vor dem Genfer Gipfel intensiv unter den Westmächten diskutiert, von Adenauer aber wegen seiner angeblichen Akzeptanz eines geteilten Deutschlands und seiner „neutralistischen“ Tendenzen grundsätzlich abgelehnt wurde. Der Norstad-Plan zielte in Richtung Détente. Vgl. David Tal, From the Open Skies Proposal of 1955 to the Norstad Plan of 1960: A Plan Too Far, in: Journal of Cold War Studies, Vol. 10, 4/2008, S. 66–93.

fel mit der Offenlegung der versuchten amerikanischen Vertuschung. Diese U-2-Affäre ließ die Eisenhower-Administration sehr dumm aussehen und lieferte den Sowjets den perfekten Vorwand, den Pariser Gipfel, an dessen Erfolg bereits vor dem U-2-Abschuss keine Seite mehr so richtig glauben wollte, zu torpedieren.<sup>98</sup> Rolf Steininger fasst das Drama des U-2-Abschusses treffend zusammen: „Die Art und Weise, wie Chruščev dieses Ereignis propagandistisch ausschaltete, war genauso meisterhaft wie das Bemühen Washingtons stümperhaft, die Sache zu vertuschen.“<sup>99</sup>

Nach Monaten der Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung erzeugte die U-2-Affäre neuerlich ein sehr spannungsgeladenes Ost-West-Klima. Foy Kohler, Unterstaatssekretär und Sowjetexperte im US-Außenamt, meinte lakonisch gegenüber Grewe, dem erfahrenen westdeutschen Botschafter in Washington, Chruščev ziele wohl darauf ab, sein Volk nicht auf Gipfelerfolge hoffen zu lassen. Die Westdeutschen vermeinten, von ihren Quellen in Moskau zu wissen, dass die Kreml-Hardliner Chruščev dazu auffordern würden, aufgrund des U-2-Vorfalles Härte zu demonstrieren. Sollte dies der Fall sein, so könnte sich Chruščev gezwungen sehen, in der Berlinfrage eine derart harte Position einzunehmen, dass alle Gipfelhoffnungen zunichtegemacht würden. Chruščev war jedoch wenig daran gelegen, als derjenige zu gelten, der die „Gipfelstürmerei“ zum Absturz brachte.<sup>100</sup>

Eine knappe Woche vor dem Gipfel traf sich der Nationale Sicherheitsrat zu einer regulären wöchentlichen Sitzung. Unterstaatssekretär Merchant fasste nochmals die Punkte zusammen, bei denen man sich in Paris Chancen auf Fortschritte erhoffte. Die Abrüstungsfrage musste forciert werden, man wollte über nichtssagende Kommuniqués der Sowjets ohne praktische Maßnahmen hinauskommen.<sup>101</sup> Sollte es tatsächlich zu Verhandlungen kommen, würden die Franzosen auf einer Kontrolle der Raketen bestehen, sonst aber keine konkreten Pläne aus der Tasche ziehen können. Die Sowjets würden ihre Standardfloskeln für einen deutschen Friedensvertrag auf den Tisch legen, worauf der Westen mit Plebiszit- und Referendumsoptionen reagieren sollte. Man sah durchaus Chancen, das Berlinproblem in ein Komitee auf niederer Ebene zum weiteren Studium abzuschieben, was durchaus eine Zwischenlösung sein konnte. Vielleicht würde Chruščev stillschweigend einer solchen Lösung zustimmen und sich mit einem interimistischen Waffenstillstand abfinden, ohne vor seinen Rivalen im Kreml als allzu flexibel gegenüber dem Westen dazustehen. Eisenhower erklärte, er habe vor, Chruščev

98 Michael R. Beschloss, *Mayday. Eisenhower, Khrushchev and the U-2 Affair*. New York 1986, S. 280–320. Die persönliche Betroffenheit und Entrüstung Chruščevs über die andauernden „U-2-Piratenflüge“ wird überzeugend herausgearbeitet von Taubman, *Khrushchev*, S. 462–468.

99 Steininger, *Der Mauerbau*, S. 152.

100 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 379f., Gesprächsmemorandum Kohler – Grewe, 9.5.1960, Dokument 148. Die Chronologie von Chruščevs undurchsichtigem Spiel, nach Paris zu kommen, um den Gipfel spektakulär zu sabotieren, sowie der Druck der Kreml-Hardliner vor und nach dem U-2-Abschuss auf den Parteichef, den Gipfel abzublasen, wird im Detail analysiert von Taubman, *Khrushchev*, S. 454–460. Es ist in der Forschung aber immer noch nicht ganz klar, ob Chruščev sich bereits vor dem Flug oder erst während des Fluges entschlossen hatte, den Gipfel in Paris platzen zu lassen. Gerhard Wettig danken wir für diesen Hinweis.

101 DDEL, AWF, Administrative Series, C. D. Jackson Group, Mappe 1960, Box 22, S. 4, Diskussionsmemorandum der 444. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, 9.5.1960.

den U-2-Vorfall selbst ansprechen zu lassen und ihn dann darum zu bitten, das Gespräch unter vier Augen weiterzuführen. Bei einer solchen Gelegenheit würde er einfach auf die sowjetische Spionagetätigkeit in den USA hinweisen. Eisenhower wollte auch wissen, warum die Westdeutschen dem Osten ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt einen Kredit von einer Milliarde Dollar zur Verfügung stellten. Der US-Präsident kam zum lakonischen Schluss: „Das Gipfeltreffen wird kein Sonntagsausflug werden.“<sup>102</sup>

Am 11. Mai hielt Chrusčev eine Pressekonferenz in Moskau ab. Dabei wurde klar, dass er mit der U-2-Affäre bei Weitem nicht am Ende war. Er deutete an, die Einladung des Kremls an Eisenhower zum Staatsbesuch in der Sowjetunion könnte zurückgezogen werden. Der US-Geheimdienst dachte, Chrusčev befürchte, der Westen habe sich wegen der Publizität um den U-2-Vorfall ein Loch gegraben, aus dem er schwerlich wieder heraus konnte. Das Verhalten des Kremlchefs lasse den Schluss zu, „er wolle unter den gegenwärtigen Umständen eine Gipfelkonfrontation verhindern, um den Vereinigten Staaten die Schuld für den Abbruch des Gipfels in die Schuhe zu schieben“. Die CIA-Analysen vermuteten, Rotchina könnte wegen Chrusčevs friedlicher Koexistenzpolitik einen Bruch mit Moskau angedroht haben.<sup>103</sup> Am nächsten Tag schickte Botschafter „Tommie“ Thompson ein Telegramm an das Washingtoner State Department (er hielt sich bereits in Paris auf), in dem er diese Vermutungen Washingtons bestätigte. Chrusčev habe wahrscheinlich seinen Gesinnungswandel bezüglich der Chancen eines Gipfels bereits aufgrund seines Besuches in Paris Ende März bei de Gaulle eingeleitet.<sup>104</sup>

Chrusčev sah ein, dass de Gaulle nie und nimmer seine Position in Berlin aufgeben würde, da er diese als letztes Überbleibsel der früheren Macht Frankreichs vehement verteidigte. Auch die Angloamerikaner würden nicht die Konzessionen zugestehen, die er sich erhoffte. Chrusčev glaubte wohl, dass angesichts der starken Positionen, die er vorgegeben hatte, der Gipfel in einer schmerzhaften Niederlage für ihn enden könnte – was schlussendlich auch seine Stellung als Führer des kommunistischen Blocks in Gefahr bringen könnte. Thompson riet den westlichen Staatschefs, keine Zeit damit zu verschwenden, konkrete Verhandlungen zu starten. Der US-Botschafter in Moskau stellte fest, Chrusčevs private und öffentliche Wortwahl „deute an, der Kalte Krieg sei wieder voll im Gange“.<sup>105</sup>

Am 14. Mai trafen sich die Außenminister in Paris, um eine soeben von der Sowjetunion erhaltene Note zu prüfen.<sup>106</sup> Für den nächsten Tag, den 15. Mai, war für die

102 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 381–385, Diskussionsmemorandum der 444. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, 9.5.1960, Dokument 168. Vgl. auch Steininger, Der Mauerbau, S. 151.

103 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 390–392, Current Intelligence Memorandum, 11.5.1960.

104 Ebd., S. 393f., Telegramm Thompsons an Herter, 12.5.1960.

105 Ebd.

106 Die Franzosen präsentierten am 13.5.1960 ihren eigenen Abrüstungsplan, der bei der Kontrolle von Lenk Waffen weiter als die vorher vereinbarte westliche Position ging, auf die sich die Verteidigungsminister bei einem NATO-Treffen in Istanbul geeinigt hatten. Philipp Farley von der US-Delegation meinte, der französische Plan habe zwar einige bedenkenswerte Punkte, könne aber nicht ohne vorherige Absegnung durch die NATO auf den Tisch gelegt werden. Wie so oft in der de Gaulle-Ära

Staatsoberhäupter vorgesehen, sich auf ihrer ersten Plenarsitzung zu treffen.<sup>107</sup> Am Morgen zuvor hatte Chruščev von Eisenhower eine öffentliche Entschuldigung und die Absage aller künftigen U-2-Flüge verlangt. Sollte dieser Canossagang Eisenhowers nicht prompt erfolgen, würde sich die Sowjetunion vom Gipfel zurückziehen. Der Westen gab Chruščev noch die Möglichkeit, seine Meinung zu ändern. Chruščev genoss es aber sichtlich, den zutiefst beleidigten Staatsmann zu spielen. Vladislav Zubok meint, wahrscheinlich habe Chruščev seine Entscheidung, den Gipfel abzubrechen, bereits in Moskau getroffen, noch bevor er am 14. Mai ins Flugzeug nach Paris gestiegen war. Vielleicht ist sie sogar noch früher gefallen, schon bald nach Chruščevs Besuch in Paris Ende März.<sup>108</sup>

Spionage war natürlich nichts Neues im Kalten Krieg. Zum Leidwesen des Kremls war die amerikanische Überwachung der sowjetischen Verteidigungseinrichtungen lediglich bereits weiter gediehen als die sowjetische Spionage in den USA. Eisenhower schockte Chruščev mit seiner Erklärung, dass er von Anfang an über die U-2-Flüge Bescheid gewusst und diese persönlich erlaubt habe – er wollte keineswegs seinen Militärs die Schuld in die Schuhe schieben. Die Flüge seien notwendig gewesen, um die sowjetische Aufrüstung zu überwachen und nukleare Überraschungsschläge zu verhindern.

---

kochten die Franzosen wieder einmal ihr eigenes Süsschen. DDEL, White House Staff Secretary Files, International Trips and Meetings, Mappe 1, Box 11, Summit Meeting Paris May 1960, I, (May 12–15), 13.5.1960.

107 Die Briten wollten die U-2-Affäre nicht auf der Gipfeltagesordnung stehen sehen. Der britische Außenminister Lloyd riet Unterstaatssekretär Merchant, Eisenhower solle sich die von Chruščev verlangte Entschuldigung nochmals überlegen, etwa nach dem Motto der „Moralischen Wiederaufrüstungsbewegung: Eine Beichte tut der Seele gut“. Merchant meinte, „er könne sich den Präsidenten nicht beichtend vorstellen“. Lloyd sah die Chance auf Entspannung in Paris: „Eine Détente passt uns gut.“ Merchant konnte dem zustimmen, warnte aber davor, zu viele Zugeständnisse zu machen: „Unsere Sicherheit und unsere Prinzipien dürfen nicht auf dem Altar der Entspannung geopfert werden.“ Lloyd testete Merchant weiter, als er meinte: „Manche von uns mögen die Détente nicht wirklich.“ Merchant antwortete darauf, „die Sowjets setzten sich kaum für die Entspannung ein, weil dadurch ihre innenpolitischen Probleme sichtbar würden“. Dieses Gesprächsmemorandum enthält zahlreiche Ausschwägungen von Textstellen, die etwas über die sensible US–britische „special relationship“ zu diesem Zeitpunkt verraten würden. DDEL, White House Staff Secretary Files, International Trips/Summit Meeting Paris May 1960, Mappe 2, Box 11, Memorandum U2 and Détente at Summit, 14.5.1960.

108 Vladislav M. Zubok, (A Failed Empire.) *The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*. Chapell Hill 2007, S. 138. William Taubman, der Biograf Chruščevs, behauptet, die sowjetischen Generäle seien von Chruščevs provokanter Ausnützung der U-2-Krise entsetzt gewesen. Zudem hätten Präsidiumsmitglieder bereits am 12. Mai dafür plädiert, das Gipfeltreffen abzusagen. Die Entscheidung fiel dann zusammen mit Präsidiumsmitgliedern auf dem Flughafen vor dem Abflug. Das deutet an, dass Chruščev Autorität bereits gemindert war, vgl. Taubman, Khrushchev, S. 458–460. Chruščev behauptet in seinen Memoiren, er hätte sich entschlossen, „den Vereinigten Staaten ein Ultimatum zu präsentieren“. Er und Außenminister Gromyko hätten noch auf dem Flug nach Paris ihre Anfangserklärung stark abgeändert und diese dann nochmals an die Parteiführung in Moskau zur Approbation zurückgeschickt. Chruščev behauptete dann aber, der Zweck des Gipfels in Paris sei es gewesen, „die Chance für eine friedliche Zusammenarbeit sicherzustellen und Abrüstungsvereinbarungen zu erzielen“. Berlin wird dabei nicht erwähnt, obwohl die geteilte Stadt bei seinem Besuch bei de Gaulle nur Wochen zuvor im Mittelpunkt der Gespräche gestanden war. Chruščevs Sohn Sergei hält wenig von Meldungen über Spannungen innerhalb der sowjetischen Führung, meint aber, vor allem die sowjetische Generalität habe wenig von Détente gehalten. Es fällt auf, dass Sergei keine Zielsetzungen für das Gipfeltreffen erwähnt. Vgl. Sergei Khrushchev, *Nikita Khrushchev and the Creation of a Superpower*. University Park 2000, S. 386–390.

Eisenhower bestand sogar darauf, dass die Sowjets intensivere Spionage in den USA betrieben als die Amerikaner in der Sowjetunion.<sup>109</sup>

Jedenfalls führte Chruščevs hocherregtes Eingangsstatement in der ersten Sitzung der Staatschefs am 16. Mai zum Eklat und beendete den Gipfel, bevor er überhaupt richtig begonnen hatte. Er attackierte die USA wegen der „Provokation“ der U-2-Überflüge und der Verletzung der Hoheitsrechte der UdSSR und bezichtigte die US-Regierung der wiederholten Unwahrheit in ihren Erklärungen zum Abschuss des CIA-Spionageflugzeuges. Der Krenlchef schob den „reaktionären Kreisen“ in den USA die Schuld zu, mit ihren „provokanten Flügen“ von Militärflugzeugen das Pariser Gipfeltreffen torpediert zu haben. Und er lud Eisenhower vom für den Juni vorgesehenen Besuch in der Sowjetunion wieder aus.<sup>110</sup> Mit diesem ungehaltenen Eingangsstatement hatte Chruščev den Rubikon überschritten – damit waren keine Vierertreffen mehr möglich. Der Krenlchef war offensichtlich bereits vor seiner Ankunft fest entschlossen gewesen, das Gipfeltreffen zu torpedieren.<sup>111</sup> Mit Chruščevs ungestümem Auftritt in der Eröffnungssitzung wurde der Pariser Gipfel zu einer Totgeburt.

De Gaulle spielte anschließend mit der Idee, den bilateralen Dialog mit der Sowjetunion ohne die USA fortzusetzen. So könne man zumindest die Deutschland- und Berlinfrage angehen. Auch Macmillan konnte sich separate bilaterale Gespräche mit Chruščev vorstellen, wollte dabei aber nicht in der Berlinfrage die Richtung angeben.<sup>112</sup> Dies würde, seiner Meinung nach, in einem logischen nächsten Schritt zu bilateralen Gesprächen zwischen Eisenhower und Chruščev führen. Für Eisenhower waren solche Zweiergespräche undenkbar, da er sich weigerte, Chruščev gegenüber klein beizugeben und eine Entschuldigung auszusprechen – spionierten doch die Sowjets auch intensiv in den USA. In dieser Situation wollte es Eisenhower seinem Nachfolger überlassen, ein besseres Gesprächsklima zu schaffen. Chruščev war pessimistisch, sollte er mit dem jetzigen Vizepräsidenten Richard Nixon verhandeln müssen, dem wahrscheinlichen Kandidaten der Republikanischen Partei im bereits laufenden Wahlkampf von 1960. Es bestand aber die Hoffnung, der nächste US-Präsident könnte flexibler sein.

In Paris ließen die Sowjets die Möglichkeit eines verschobenen multilateralen Gipfels weiterhin offen. Chruščev meinte, man könne es ja in acht Monaten wieder versuchen (also zu einem Zeitpunkt, an dem der Nachfolger Eisenhowers im Weißen Haus bereits bekannt war). In Paris trafen sich die drei westlichen Staatschefs zum letzten Mal im Kalten Krieg mit den Sowjets. Bis zum Ende des Kalten Krieges sollten keine Vierergipfelgespräche mehr stattfinden, nur mehr Gipfeltreffen zwischen den beiden Supermächten. Ein Grund für das Ausbleiben von Vierergipfeln könnte die Tatsache sein,

109 Ambrose, Eisenhower, S. 577–579.

110 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 438–452, Gesprächsmemorandum des Treffens der Staatschefs, 16.5.1960, Dokument 168; Taubman, Khrushchev, S. 462f.; Ambrose, Eisenhower, S. 576f.

111 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 453f., Telegramm Herters an State Department, 16.5.1960, Dokument 170.

112 Wie Adenauer hatte auch de Gaulle wenig Gutes über Macmillan zu sagen, er bezichtigte ihn in der Berlinfrage des „weinerlichen Münchnertums“ („whimpering Munichism“). Vgl. Bozo, Two Strategies for Europe, S. 34.

dass der Bau der Berliner Mauer zur Stabilisierung des Kalten Krieges führte. Chruščev konnte die Ostdeutschen und seine Kritiker zwar beruhigen, danach aber Berlin nicht länger als Trumpf verwenden. 1959 hatte er mit der Berlinfrage immerhin die Aufmerksamkeit des Westens auf sich gezogen, aber keine entscheidenden Konzessionen oder gar ein neues Abkommen erreichen können.

Das Pariser Gipfeltreffen hätte dazu dienen sollen, das Prestige der Sowjets in der Welt zu erhöhen. Merchant meinte in einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates einige Wochen nach dem Pariser Debakel: „Die ganze Geschichte hat im November 1958 mit Chruščevs Berlinrede angefangen, mit seiner Absicht, einen separaten Friedensvertrag mit den Ostdeutschen zu unterzeichnen.“<sup>113</sup> Auf jeden Fall verließ Chruščev Paris mit dem Eindruck, Eisenhower und Macmillan seien in der Berlinfrage gleichermaßen unnachgiebig.

Es muss festgehalten werden, dass nicht allein Chruščevs Beharren auf einer Entschuldigung vonseiten Eisenhowers und seine Unnachgiebigkeit das Gipfeltreffen scheitern ließen. Die „Gipfelstürmer“ waren bereits vor der U-2-Affäre mit falschen Eindrücken von der Gegenseite und niedrigen Erwartungen nach Paris gekommen. Die Berlinfrage war offensichtlich bereits vor Paris der wunde Punkt, und auch die Abrüstung ließ nicht viel Hoffnung aufkommen. Der Pariser Gipfel kam trotzdem einem kleinen Wunder gleich, wäre doch nur zwei Jahre zuvor ein Gipfel undenkbar gewesen. Am Ende waren es die Spannungen um Berlin, die den Gipfel in Paris erst erforderlich und möglich machten. Eine Folge des Gipfeldesasters in Paris war das Zusammenrücken und die Solidarisierung der Westmächte aufgrund des sowjetischen Drucks und Chruščevs Schauspielerei zum U-2-Vorfall. Der Plan von General Norstad, in Mitteleuropa Inspektionszonen einzurichten, weichte den amerikanischen „Alles oder Nichts“-Zugang zur Abrüstungsproblematik auf und zielte in Richtung eines Atomteststopps und einer Détente.<sup>114</sup> In Berlin würde man aber bis zum Mauerbau „weiterwurschteln“.

Mit dem Fehlschlagen des Pariser Gipfels nahm die mehr als „einjährige Odyssee“ von Ost-West-Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands und Berlins, in denen keine Lösung für die „unvereinbaren Pole Integration und Neutralisierung“ gefunden werden konnte, vorläufig ein Ende.<sup>115</sup> Der Nachfolger des bald scheidenden US-Präsidenten Eisenhower würde sich während seiner gesamten Amtsperiode weiter mit der Berlinfrage herumschlagen müssen.<sup>116</sup>

113 FRUS, 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, S. 514–519, hier: S. 516, Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, 26.5.1960, Dokument 194.

114 Tal, *From Open Skies to Norstad Plan*, S. 92f.

115 McCormick, *America's Half-Century*, S. 134.

116 Die Berlin-Verhandlungen der Kennedy-Präsidentschaft werden detailliert nachgezeichnet in: Williamson, *Berlin & the Origins of Detente*.